

**Michael John**

# **Vom nationalen Hort zur postmodernen City**

**Zur Migrations- und Identitätsgeschichte  
der Stadt Linz im 20. und 21. Jahrhundert**

**Linz 2015  
Archiv der Stadt Linz**

## Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2014/2015

Umschlag: Pendlerinnen und Pendler verlassen Mitte der 1970er Jahre auf dem Weg zur Arbeit die Summerauer Bahn an der provisorischen VÖEST-Haltestelle.

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

**Wissenschaftliche Redaktion:**

Maximilian Schimböck und Cornelia Daurer

**Titelgestaltung:**

Gertrude Plöchl

SBN 978-3-900388-62-1

Medieninhaber: Archiv der Stadt Linz, Hauptstraße 1-5, 4041 Linz

Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., Linz

# INHALT

<b>Vorwort des Bürgermeisters</b> .....	9
<b>Vorwort des Kulturreferenten</b> .....	11
<b>Einleitung</b> .....	13
<b>KAISERZEIT</b> <sup>(1)</sup> .....	16
Um 1900 – Deutsche – Österreichische – Multiethnische Städte .....	16
Linz und Oberösterreich in der Spätgründerzeit.....	21
„Die deutsche Wacht an der Donau“ .....	29
Nationalitätenkämpfe versus Multiethnizität – Krisen der Identität .....	36
Zur Konstruktion von Fremdheit .....	43
Übergangsjahre: Vom Kriegsausbruch bis 1920 .....	48
<b>ZWISCHENKRIEGSZEIT</b> <sup>(2)</sup> .....	71 <sup>88</sup>
Kontinuitäten – Diskontinuitäten: Die Zeit der Ersten Republik.....	71
Die städtische Bevölkerungsentwicklung 1920–1934 .....	76
Wirtschaftskrise, „Judenfrage“ und Antisemitismus .....	81
Zwischenkriegsjahre: Vom Land in die Stadt – Mehr Frauen als Männer .....	87
Anti-Urbanität, Bettelmigration und „Landstreicherei“ .....	99+17=
<b>NATIONALSOZIALISMUS</b> <sup>(3)</sup> .....	117 <sup>116+17=</sup>
Verfolgung und Ausgrenzung der Juden, Roma und Sinti.....	117
Die „Führerstadt“ – Stadtwachstum und Stadtentwicklung.....	129
Ethnische Hierarchien, Zwangsarbeit und extreme Repression .....	139

133

4

<b>NACHKRIEGSJAHRE, WIEDERAUFBAU UND WIRTSCHAFTSBOOM</b> .....	158
Displaced Persons, „Volksdeutsche“ und Besatzungstruppen.....	158
Die Lager der jüdischen Displaced Persons in Linz .....	166
Separierte Lager für Juden .....	167
Parallelgesellschaften? .....	117
Jüdische DPs und DP-Lager in der Wahrnehmung.....	178
„Homogenisierung“ – die Jahre des „Wirtschaftswunders“ der 1950er und 1960er Jahre .....	181
Die Barackenlager – eine langfristige Erscheinung .....	181
Städtische Identität im Wiederaufbau – „bodenständig“ versus „fremd“ .....	186
Die Dominanz der Pendelwanderung .....	191
<b>„GASTARBEITER“, FAMILIENNACHZUG, NEUE MIGRATION</b> .....	212
Die Zuwanderung der „Gastarbeiter“ – Zur transnationalen Arbeitsmigration der 1960er, 1970er und 1980er Jahre .....	212
Arbeitskräftemangel und Hebung des Lebensstandards in Österreich .....	212
Bürgermeister Hillinger und die Arbeitsmigration .....	219
Veränderungen im Gefolge der Wirtschaftskrise .....	222
Die „Gastarbeiterzeit“ in der Erinnerung.....	227
„Gastarbeiterzuwanderung“ und „Golden Kreiskys“ .....	231
Differenzierte Erinnerungen .....	238
„Harte Zeiten“ – eine andere Erinnerungslandschaft .....	240
Der Fall des „Eisernen Vorhangs“: Vorgeschichte, Öffnung der Grenzen, Folgen .....	247
Krisen ab Mitte der achtziger Jahre .....	248
Nach dem „Fall des Eisernen Vorhangs“ .....	250
Das Neustadtviertel – ein Stadtteil als Symbol .....	254
Unsicherheit und Aggressionen – Zur Beschaffenheit des städtischen Klimas .....	257
Das jugoslawische Drama und die Auswirkungen .....	262

5

Gesellschaftliche Spannungen:	
Migranten und Migrantinnen als Subjekte der Entwicklung.....	267
Von Keynes zu neoliberal, Verdrängung und Rotation neu .....	275
Linz 1989 bis 2001 – eine wechselvolle Entwicklung im Spiegel der Statistik .....	278
<b>IM 21. JAHRHUNDERT – PLURALITÄT UND AMBIVALENZ</b> .....	300
Diversifizierung – Zuwanderung im beginnenden 21. Jahrhundert.....	300
Die regionale Zu- und Abwanderung im Raum Linz. Das Verhältnis Stadt – Land .....	308
Schulen – Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld .....	315
Integrationspolitik – Integrationsbeirat – Zusammenleben .....	319
Jüngste Geschichte und Gegenwart .....	327
Kontinuitäten und Brüche .....	336
<b>EIN FALLBEISPIEL ALS EPILOG</b> .....	349
Geboren in Prag. Der Hundertjährige, der Bücher verkaufte und zum Linzer wurde. Eine biographische Skizze voller Ortswechsel .....	349
Von dannen gehen .....	349
Salzburg – Am richtigen Ort zur richtigen Zeit .....	352
Unterwegs und auf sich allein gestellt .....	353
Dann ist ja plötzlich alles anders gewesen .....	354
Wieder in Linz – Das war jetzt eine neue Welt .....	357
Ein Fallbeispiel ist ein Fallbeispiel .....	359
<b>Anmerkungen</b> .....	364
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	406
<b>Bildnachweis</b> .....	449
<b>Abkürzungen und Siglen</b> .....	451
<b>Register</b> .....	453



## EINLEITUNG

Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts bildeten regionale und überregionale Zuwanderer und Zuwanderinnen die Mehrheit der Linzer Stadtbevölkerung.<sup>1</sup> Dieser Band versucht einen Überblick über das Wanderungsgeschehen im 20. Jahrhundert sowie über den Umgang mit den aus der Zuwanderung entstandenen Minderheiten im Großraum Linz zu geben. Dabei stehen die zentralen Entwicklungen sowie selektive Details im Mittelpunkt, die als charakteristisch angesehen werden können. Makrogeschichte, Regional- und Lokalgeschichte sowie Mikrogeschichte(n) sollen dabei in einer bestimmten Balance eingerichtet werden, in der auch Selbstwahrnehmungen, „Erinnerung“ und „kollektives Gedächtnis“ ihren Platz finden.<sup>2</sup> Im Mittelpunkt der Arbeit stehen soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungen und Prozesse. Die damit im Zusammenhang stehenden Personen werden sowohl als Untersuchungsgegenstand als auch als Subjekte dieser gesellschaftlichen Prozesse begriffen. Auch methodisch soll eine Balance zwischen statistischer und quantifizierender Erfassung, Aktendokumentation, Diskurs und Erinnerungszeugnissen hergestellt werden. Im Hinblick auf letztere werden sowohl schriftliche Zeugnisse jeder Art, in weiterer Folge Narrativinterviews, entweder mittels der „Oral History“ oder der „Video History“ - herangezogen. Die Auswahl der Interviewpartner und anderer qualitativer Zeugnisse erfolgte aus einem großen Pool. Kriterium war, charakteristische, bezeichnende Quellen heranzuziehen. Den Narrativinterviews kommt exemplarischer Charakter zu.<sup>3</sup> Da der Linzer Raum im 20. Jahrhundert in sozial-, wirtschafts- und kulturhistorischer Hinsicht teilweise gut beforscht ist, kommen der Kompilation und Kombination von Inhalten – eben im speziell migrationshistorischen Kontext – eine wichtige Rolle zu.

Die Situation in der städtischen Agglomeration Linz an der Donau soll dabei im Wesentlichen einer chronologischen Struktur folgend dargestellt und zumindest teilweise in den Rahmen der gesamtösterreichischen Entwicklung eingeordnet werden. Die systematische Vergleichsebene ist an dieser Stelle nach wie vor als ein Desiderat der Forschung anzusehen. In diesem Band sollen über das gesamte 20. Jahrhundert bis ins 21. Jahrhundert hinein die wesentlichen Entwicklungen hinsichtlich der Quantität der Zuwanderungen in den Linzer Raum, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die gesellschaftspolitische Dimension der zeitgenössischen Migrationspolitiken und -debatten abgebildet werden. Die thematische Darstellung folgt einem grobmaschigen Muster, keiner engen Systematik. Es geht letztlich auch darum, die gesellschaftliche Atmosphäre in der Stadt, in der Region hinsichtlich der Frage der Migration (und der Minderheiten) sichtbar zu machen, stadthistorische mit migrationshistorischen Aspekten zu verbinden. Über den gesamten Untersuchungszeitraum kann Linz – allein von der statistischen Dimension, aber auch in Hinblick auf andere Faktoren – als Zuwanderungsstadt bezeichnet werden. Was bedeutete dies für die städtischen Eigendefinitionen, für die Identität der Stadt und für die Identität der Zuwanderer und Zuwanderinnen?

Ebenso wie die gesamte Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Linz im genannten Zeitraum war auch die Migrationsgeschichte von starken Diskontinuitäten und Brüchen geprägt.<sup>4</sup> Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten Vorstellungen von nationaler Identität die Bedeutung lokaler und regionaler Zugehörigkeiten überformt. Dennoch blieben städtische Verortungen weiterhin bedeutsam. Für diese Entwicklungen spezifischer städtischer Identitäten spielten im gesamten 20. Jahrhundert Migration und Strategien von Exklusion und Inklusion, Segregation, Assimilation und Integration eine wichtige Rolle.<sup>5</sup> Linz wurde von 1900 bis 1919 von deutschnationalen, 1919 bis 1934 von sozialdemokratischen Bürgermeister\*innen regiert. Von 1934 bis 1938 war während der „Ständestaat“-Diktatur ein der „Vaterländischen Front“ zugehöriger Bürgermeister im Amt, von 1938 bis 1945 amtierten Bürgermeister und Oberbürgermeister der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Seit 1945 bis zur Gegenwart standen der Stadt wiederum sozialdemokratische Bürgermeister\*innen vor. Durch die enge Verwobenheit der Landeshauptstadt mit dem Umland, die starke Prägung durch die ländliche Zuwanderung und dadurch, dass Linz Sitz der Landesregierung war und ist, wurde jedoch über Jahrzehnte auch ein starker Einfluss konservativer Politik und Wirtschaftskreise auf das gesellschaftliche Klima der Stadt spürbar.

Anpassung an die Großstadt war für die großteils ländlichen und auch zu einem gewissen Prozentsatz aus entfernten Gebieten der Monarchie stammenden Zuwanderer ein komplizierter Prozess, der behutsam oder weniger behutsam in unterschiedlichen Formen – Akkulturation, Partizipation, Integration, Assimilation – gestaltet werden konnte. Zu jedem dieser Begriffe gibt es Typologien, die den spezifischen Verlauf der Vorgänge beschreiben. Es handelt sich um komplexe Prozesse, die auch die Frage nach der „Heterogenität der Zuwanderung“ tangierten und keineswegs ungebrochen und geradlinig, auch nicht ohne Wertekonflikte, Interaktionen und Rückkopplungseffekte abliefen. „Die Migranten tragen ihre ungeschriebene Geschichte mit sich, und haben zugleich neue Formen der sozialen Organisation zu erlernen“, formulierte Wolfgang Maderthaner in Hinblick auf die Migration in der Kaiserzeit.<sup>6</sup> Von besonderem Interesse sind neben den „fremden“ Migranten, die aus einem anderen Kulturkreis oder aus weiter entfernten Destinationen stammen, im Fall der Stadt Linz besonders auch die aus den ländlichen Regionen Oberösterreichs und Südböhmens stammenden Zuwanderer. Diese grundsätzliche Formulierung Maderthaners gilt für die Vergangenheit ebenso wie für die Gegenwart. In dieser Arbeit soll versucht werden, den angesprochenen Adaptionsprozess aus verschiedenen Perspektiven darzustellen und in diesem Zusammenhang auch die Lebensrealität von Zuwanderern und Zuwanderinnen exemplarisch abzubilden. Forschung wird hier als Prozess definiert, die vorliegende Arbeit ist als Überblick mit detaillierten Einlassungen qualitativer Art zu verstehen, die durchaus nachfolgende Forschungen stimulieren sollte.<sup>7</sup> Ein weiterer Forschungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der neueren Zeit-, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, ist jedenfalls gegeben. Gesellschaftlich und demographisch wird in absehbarer Zeit das Thema kaum an Relevanz verlieren. Methodisch ist die Arbeit von einem Methodenmix geprägt: Unter anderem werden quantitative, qualitative Verfahren, Akten, Statistiken, Zeitungsberichte, lebens-

geschichtliche Zeugnisse und Bildquellen gleichermaßen verwendet, um zu Ergebnissen zu gelangen. Von einzelnen Exkursen abgesehen, wird in der Regel eine chronologische Abfolge eingehalten.

Die vorliegende, mit Facetten und Details angereicherte Arbeit besteht aus einer Mischung sozial- und wirtschaftshistorischer sowie kulturwissenschaftlicher Momente, die ausgiebige Bebilderung ist überdies nicht nur als Illustration eines Textes zu verstehen, sondern bringt auch inhaltliche Qualitäten in das Buch ein, die Abbildungen sind auch Quellen. Dies zu Wege zu bringen erforderte langwierige und nachhaltige Unternehmungen, die ohne Hilfe und Unterstützung nicht zu bewältigen gewesen wären. Dem Archiv der Stadt Linz ist als Herausgeber für die Langmut und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden, besonders zu danken, ebenso für das Lektorat und die Bildredaktion. Viele Tipps, Hinweise und Hilfestellungen ergänzten die Unterstützung von dieser Seite. Das Buch hätte auch nicht ohne jene nahezu 40 Interviewpartner und -partnerinnen geschrieben werden können, die sich für narrativ angelegte Befragungen zur Verfügung stellten. Nahezu ebenso viele Personen haben Material zur Verfügung gestellt in Form von schriftlichen Selbstzeugnissen, Dokumenten und visuellem Material. Es waren Migranten und Migrantinnen aus nah und fern, die mich in dieser Form unterstützt haben, aber auch „Einheimische“, wobei hier die Übergänge fließend waren. In diesem Zusammenhang sind auch eine Reihe von Vereinen und andere Organisationen anzuführen. Nicht das gesamte in diesem Zusammenhang gesammelte Material konnte aus Gründen, die mit dem vorgegebenen Umfang der Arbeit zu tun haben, verwendet werden, wofür ich um Nachsicht bitte. Unterstützung kam mir auch von institutioneller Seite zuteil, von Archiven, Sammlungen, Instituten, nicht zuletzt vom Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Johannes Kepler Universität Linz, in dessen Rahmen der Verfasser forscht und lehrt. Schließlich waren es auch viele Kolleginnen und Kollegen, die Hinweise gaben, Gedankengänge teilten, Diskussionen führten. All dies hat zum vorliegenden Ergebnis beigetragen. Auf eine namentliche Nennung wurde diesmal verzichtet, zu groß wäre das Risiko unvollständig zu bleiben – Ihnen/Euch allen herzlichen Dank.

## KAISERZEIT

### Um 1900 – Deutsche – Österreichische – Multiethnische Städte

Im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung, mit der Verbesserung der öffentlichen Transportmittel und der Liberalisierung der Niederlassungsbestimmungen erhielt das Phänomen der Migration eine enorme Dynamik und erreichte eine neue quantitative Dimension. Da die Habsburgermonarchie einen multiethnischen Vielvölkerstaat darstellte, wechselten Millionen Personen unterschiedlicher Nationalität ihre Wohnorte. Die Anzahl der „Fremden“ stieg in Altösterreich in absoluten Zahlen von 1,8 Millionen im Jahre 1857 auf 10,5 Millionen im Jahre 1900.<sup>8</sup>

Am Anfang des 20. Jahrhunderts, konkret am 4. September 1901, beschloss der Gemeinderat der Stadt Linz die Aufnahme des Fabrikarbeiters Franz Aigner, des Tischlers Anton Andexlinger, der Köchin Theresia Brabec, des Hausbesitzers Leopold Frühmesser, des Lokomotivführers Norbert Hauschka, des Bahnbediensteten Wenzl Hrouda, des Handelsgehilfen Josef Kolař, der Uhrmacherswitwe Franziska Mundigler, der Dienstmagd Aloisia Pucher, des Arbeiters Ferdinand Punzenberger, des Schuhmachers Alois Tarantola und seines Berufskollegen Jan Zdychnek in den Gemeindeverband der Stadt Linz. Diesen Personen war im Wesentlichen gemeinsam, dass sie sich seit mindestens zehn Jahren in Linz aufgehalten hatten, mindestens 24 Jahre alt waren und dass es sich um Zuwanderer und Zuwanderinnen handelte. An diesem Tag wurden nach dem neuen Heimatrechtsgesetz insgesamt 409 Personen als heimatberechtigt und damit als einheimisch angenommen. Gleichzeitig lehnte man 77 Antragsteller ab, bei denen die gesetzlichen Bedingungen für die Aufnahme als nicht erfüllt betrachtet worden waren. Die Mehrheit der Bewerber stammte aus Oberösterreich und war zuvor in anderen oberösterreichischen Gemeinden heimatberechtigt gewesen.<sup>9</sup> Für die in die Städte zugewanderte Bevölkerung bedeutete die im Gesetz enthaltene eminente Erleichterung hinsichtlich des Erwerbs des Heimatrechts einen Gewinn an sozialer und persönlicher Sicherheit und eine wichtige Voraussetzung für die Integration in die örtliche Gesellschaft. Das angesprochene Gesetz war im Reichsrat, also auf staatlicher Ebene, verhandelt und gegen den Widerstand vieler Kommunen verabschiedet worden, die ihrerseits befürchtet hatten, dass durch die erleichterte Aufnahme „fremder“ Zuwanderer die Ausgaben für die Armenversorgung stark ansteigen würden. Im Jahre 1904 wurden zudem auf Gemeindeebene männliche Dienstboten, „neu Zugezogene“ und „kleine Steuerträger“ wahlberechtigt, allerdings im Rahmen eines Kurienwahlrechts, das nur teilweise Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse zuließ.<sup>10</sup>

Fast alle Hauptstädte der Kronländer Altösterreichs waren damals von einer starken Zuwanderung geprägt, sei es durch Nahwanderung, Fernwanderung oder Wanderungen über mittlere Distanzen. Während etwa in Wien im Jahre 1900 die Bevölkerung gegen-

über der letzten Volkszählung rechnerisch um 11,6 Prozent durch Geburtenzuwachs und 11,2 Prozent durch Wanderungsbewegungen gewachsen war, wies diese Bilanz in Linz ein anderes Verhältnis auf: nämlich 0,2 Prozent Geburtenzuwachs und 23,5 Prozent Zuwachs durch Wanderung. In Graz waren es 2,4 Prozent durch Geburtenzuwachs und 20,8 Prozent Zuwachs durch Wanderung, in Salzburg 2 Prozent durch die „natürliche“ Bevölkerungsbewegung, 23,3 Prozent durch Wanderung, in Klagenfurt 2,5 Prozent durch Geburten und 14,2 Prozent durch Wanderung. Die innerösterreichischen „Provinzhauptstädte“ wuchsen also um 1900 unverhältnismäßig stark durch Zuwanderung.<sup>11</sup> In Linz, Salzburg und Klagenfurt dominierte jedoch in nachhaltiger Weise die Nahwanderung, während dies in Wien nicht der Fall war. Wanderungen über Kronlandgrenzen, über Strecken mittlerer Distanz bis zur Fernwanderung gehörten in Wien zum gängigen Muster der Migration.<sup>12</sup>

Die Volkszählungen, bei denen in Österreich ab 1880 unter einem gewissen Druck nach nur einer, zudem unklar definierten, Umgangssprache gefragt wurde, spiegelten die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung nur undeutlich wider. In der Reichshauptstadt Wien wurden um 1900 beispielsweise 92 Prozent der Bevölkerung als deutschsprachig klassifiziert, 8 Prozent sprachen eine andere Sprache (tschechisch, sonstige).<sup>13</sup> Ausgehend von diesen Ziffern galt die Stadt nicht nur den Deutschnationalen, nicht nur dem christlichsozialen Bürgermeister Karl Lueger als „deutsche Stadt“, sondern auch den sozialdemokratischen Eliten um Viktor Adler, Otto Bauer und Karl Renner, die ebenfalls von einer Überlegenheit der deutschen Kultur ausgingen.<sup>14</sup> Auf der Basis anderer Daten, nämlich jener hinsichtlich der Herkunft und der Geburtsorte der Wiener Wohnbevölkerung, lässt sich aber ein anderes Bild entwerfen:

1. Die Zuwanderung aus dem Gebiet der heutigen Bundesländer, sieht man von der Nahzuwanderung aus niederösterreichischen Gemeinden und dem späteren Burgenland ab, war nur von mäßiger Bedeutung. Auch der Beitrag Oberösterreichs zur Wiener Wohnbevölkerung war insgesamt gering, lediglich 3 Prozent der in Oberösterreich Heimatberechtigten befanden sich in Wien. Auffällig ist jedoch, dass 11,1 Prozent der in Linz und 12,2 Prozent der in Steyr Heimatberechtigten in Wien lebten – ein hoher Prozentsatz verglichen mit den ländlichen Bezirken des Mühlviertels, wo lediglich 2–3 Prozent der Heimatberechtigten nach Wien gezogen waren. Im Bezirk Wels waren es 3,1 Prozent und im Bezirk Ried 2,7 Prozent, im Bezirk Braunau nur 1,5 Prozent.<sup>15</sup>
2. Eine multiethnische Zusammensetzung der Wiener Wohnbevölkerung war auch noch zur Jahrhundertwende gegeben – damals stammten von rund 1,6 Millionen Einwohnern 410.000 Personen aus Böhmen und Mähren, davon etwa 300.000 Personen aus mehrheitlich tschechischsprachigen Bezirken, sowie weiters 43.000 aus mehrheitlich slowakischsprachigen, 11.000 aus mehrheitlich kroatischsprachigen Regionen der ungarischen Reichshälfte, 90.000 aus den anderen Komitaten Ungarns, 37.000 aus Galizien, ebenfalls 37.000 aus dem Süden der Monarchie. Dazu kamen noch tausende aus zahlenmäßig kleineren Minderheiten. Mehr als 500.000 Wiener, rund ein Drittel der Einwohner-

schaft, stammte demnach aus nicht deutschsprachigen Regionen der Monarchie.<sup>16</sup>

Ein wesentlicher Bevölkerungszustrom nach Wien ist über den Faktor Herkunft nicht erkennbar: Es handelt sich dabei um die jüdische Bevölkerung, die als Konfessionsgruppe definiert wurde. Tausende wanderten bereits nach der Revolution von 1848 aus ihren Heimatregionen ab, aber erst nach 1867, als ihnen volle und gleiche Bürgerrechte verliehen worden waren, migrierten zehntausende aus dem Norden und dem Osten der Monarchie in Richtung Wien und Budapest. Man kann daher zu Recht von einer „Metropolisierung“ des (ost)mitteleuropäischen Judentums sprechen. Wien war zur Jahrhundertwende mit 146.926 Juden und Jüdinnen nach Warschau und Budapest die drittgrößte jüdische Stadt Europas (1910 stieg die Zahl auf 175.318 Personen und 1923 auf den Höchstwert von 201.513).<sup>17</sup> Die Zuwanderung aus dem Nordosten (Galizien, Bukowina) führte zu einer gewissen Heterogenität der Wiener jüdischen Bevölkerung.<sup>18</sup> Wien war als Residenzmetropole zwar ein Sonderfall, aber keineswegs die einzige Stadt Altösterreichs mit starker Zuwanderung von Personen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit. In diesem Zusammenhang sind die Kronland-Hauptstädte Krakau/Krakow, Czernowitz/Cernivci/Cernauti, Lemberg/Lwow/Lviv, Triest/Trieste, auch Brünn/Brno und Prag/Praha sowie eine Reihe kleinerer Industriestädte zu nennen.

Zweifelsohne bestand ein Spannungsverhältnis zwischen der multiethnischen Metropole des Habsburgerreiches und den sogenannten „Provinzen“ insbesondere im vorwiegend deutschsprachigen Raum. Zur „Provinz“ zählte auch Oberösterreich mit der Landeshauptstadt Linz. Überregionale und multiethnische Zuwanderung wurde dennoch auch in Oberösterreich spürbar, vor allem in lokalen Industrieansiedlungen. Hier machte sich die Bevölkerungszusammensetzung des Vielvölkerstaats zumindest zeitweise bemerkbar. Die für die Fabriken benötigten Massenerbeiter sollten kräftig und billig sein, waren oft weniger qualifiziert und stammten häufig aus weniger entwickelten Regionen der Monarchie. In Oberösterreich zeigte sich, dass Tschechen, Ungarn und Migranten aus anderen Ethnien hauptsächlich in Industrieorte zuwanderten, in die Landeshauptstadt hingegen weniger. In Linz war Nahwanderung die dominierende Migrationsform. Die vor allem als Verwaltungs-, Handels-, Gewerbe-, Verkehrs- und Dienstleistungszentrum bedeutsame Stadt wies deshalb einen anderen Migrationstypus auf als stärker durch Industrie geprägte Orte. So war die Bevölkerung von Linz hinsichtlich der ethnischen Beschaffenheit wesentlich homogener als das von der Metallindustrie geprägte Steyr oder das damals noch nicht eingemeindete Kleinmünchen im Süden von Linz, wo Betriebe der Textilindustrie und Textilerzeugung ihren Standort hatten.<sup>19</sup>

Der Begriff der Heimatberechtigung war damals – neben der Staatsangehörigkeit – die bedeutsamste juristische Definition eines Individuums. Ausgehend von den traditionellen Begriffen „Heimat“ – „einheimisch“ – „fremd“ sicherte die Heimatberechtigung einer Gemeinde den Inhabern den ungestörten Aufenthalt in dieser Gemeinde zu – ein ungestörter Aufenthalt, der den sogenannten Fremden mitunter verwehrt wurde. Insbesondere im Armutsfall, in Fürsorgeangelegenheiten oder bei Kleinkriminalität konnte es zur Abschiebung aus der Aufenthaltsgemeinde kommen. Das Heimatrecht wirkte aus-

gesprachen desintegrativ. Millionen Arbeitsmigranten und -migrantinnen aus der Monarchie, zehntausende in Linz, wurden so zu „Fremden“ im eigenen Land.<sup>20</sup> Sylvia Hahn hält dazu grundsätzlich fest: „Der Umgang mit den Fremden aus den Kronländern oder aus dem Ausland konnte höchst unterschiedliche Formen annehmen und hing stark vom gesellschaftlichen Status und dem Geschlecht der Zuwanderer ab. Einerseits gab es Privilegierung, Patronage, finanzielle Unterstützungen und Ausnahmegenehmigungen, andererseits Repression, Demütigungen der Migranten durch Verhöre, Gefängnisaufenthalte oder Abschiebungen in die zuständige Gemeinde.“<sup>21</sup> In Linz war die Handhabung grundsätzlich restriktiv, das Heimatrecht zu erhalten war vor dem Jahr 1900 selbst für einkommensstärkere Zuwanderer und Zuwanderinnen sehr schwierig. Für diesen Fall wurden allerdings die eben angesprochenen Sonderregelungen geschaffen: Man führte bereits bald die Kategorie der „Gemeindegossen“ ein, die einen privilegierten Status für „fremde“ Personen hatten und, ohne in einer Gemeinde heimatberechtigt zu sein, über Haus- oder Grundbesitz verfügten beziehungsweise direkte Steuern durch selbständige Ausübung eines Gewerbes bezahlten (Real- oder Personalsteuerpflicht), unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts.<sup>22</sup>

Da ein Anrecht auf den Erwerb des Heimatrechts durch langjährigen Aufenthalt (mindestens zehn Jahre) erst 1897 respektive 1902 realisiert wurde, differierten im Zuge der großen Wanderungsbewegungen während des 19. Jahrhunderts die ursprünglich weitgehende Identität von Geburtsort, Aufenthaltsgemeinde und Heimatgemeinde immer deutlicher. Die Heimatberechtigung ging vom Mann auf die Frau und die Kinder über, Ehen mit Zuwanderern stellten für die Frau also ein Risiko dar. Sylvia Hahn geht davon aus, dass mit der diffus und restriktiv gehandhabten Vergabe des Heimatrechts „de facto ein Keil in die jeweilige lokale Bevölkerung getrieben“ wurde.<sup>23</sup> Die Einwohnerschaft sei in rechtlich und damit auch sozial unterschiedliche Gruppen geteilt worden: in jene, die das Heimatrecht besaßen und an den damit verbundenen sozialen und politischen Vorteilen partizipierten, und in jene, die das Heimatrecht nicht besaßen. Diese konnten als „missliebige“ oder „unwillkommene“ Personen in ihre jeweilige Heimatgemeinde bzw. die Ausländer über die Grenze abgeschoben werden.<sup>24</sup> Eine Abschiebung galt den Betroffenen in vielen Fällen als Demütigung, als „Schande“, der mit Verzweiflung, mitunter aber auch mit Aggression begegnet wurde.<sup>25</sup>

In Hinblick auf „Fremde“ und „Einheimische“ setzte sich in Linz ein bereits ab 1869 konstatiertes Trend fort. Während die Zahl der Einheimischen stagnierte und bis 1900 die Zahl von 14.000 nicht überschritt, stiegen die „Fremden“ 1880 auf rund 28.000, 1890 auf 35.000 und schließlich 1900 auf rund 45.000 an.<sup>26</sup> Die Kriterien des Erhalts der Heimatberechtigung sollten sich mit dem Heimatberechtigungsgesetz vom 5. Dezember 1896 gravierend ändern; von 1897 bis 1901 existierten Übergangsfristen, 1902 war das Gesetz in der gesamten österreichischen Reichshälfte in Kraft getreten. Bis zu diesem Zeitpunkt war Linz durchaus eine „Stadt der Fremden“, da rund drei Viertel der Bevölkerung in diese Kategorie der Heimatberechtigten fielen. Vergleicht man im Jahr 1900 die Zählungsergebnisse der Hauptstädte der österreichischen Kronländer,<sup>27</sup> so wird deutlich, dass Linz in die Gruppe jener Städte fällt, die einen besonders niedri-

gen Anteil an Heimatberechtigten aufwies, das heißt, dass man in dieser Hinsicht von einer sehr ausgeprägten Ungleichheit auszugehen hat. Linz wird in Hinblick auf diese Form der Ausgrenzung nur von Graz und Prag/Praha übertroffen, lag mit Klagenfurt und der schlesischen Hauptstadt Troppau/Opava gleich auf.

**Tabelle 1:** Anzahl und Anteil der heimatberechtigten und gebürtigen Bevölkerung in ausgewählten Städten der Habsburgermonarchie, 1900

Original- bezeichnung	Bevölkerung insgesamt	Heimat- berechtigung	Geboren	Heimat- berechtigung in %	Geboren in %	Differenz in %
Wien	1.674.957	636.230	777.105	38,0	46,4	12,4
Linz	58.791	13.922	18.330	23,7	31,2	7,5
Salzburg	33.067	9.687	8.814	29,3	26,6	-2,7
Graz	138.080	26.471	42.716	19,2	30,9	11,7
Klagenfurt	24.284	5.695	5.944	23,5	24,5	1,0
Laibach	36.547	8.901	12.031	24,3	32,9	8,6
Görz	25.432	13.426	11.779	52,8	46,3	-6,5
Triest	178.599	74.496	106.505	41,7	59,7	18,0
Rovigno	10.302	8.797	9.052	85,4	87,9	3,5
Innsbruck	26.866	6.491	6.823	24,3	25,4	1,1
Prag	201.589	41.793	74.463	20,7	36,9	16,2
Brünn	109.346	30.560	42.387	27,9	38,8	10,9
Lemberg	159.877	83.727	71.414	52,4	44,7	-7,7
Czernowitz	67.699	30.213	34.546	44,6	51,1	6,5
Troppau	26.748	6.361	8.163	23,8	30,5	6,7
Steyr	17.592	4.569	6.721	26,0	38,2	12,2

Quelle: Österreichische Statistik, Band 64, Heft 1. Wien 1902, XXVI–XXXIX;  
Österreichische Statistik, Band 65, Heft 2. Wien 1903, 28–98.

Über die Heimatberechtigung wurde Migration auch in einem breiteren Sinn verdeutlicht, vergleichbar etwa mit jenem Begriff, der heute Personen mit „Migrationshintergrund“ ausweist.<sup>28</sup> Aus der Vergleichsstatistik (Tabelle 1) ist abzulesen, dass Linz in Hinblick auf die Existenz einer sogenannten „zweiten Generation“ im Mittelfeld der Kronlandeshauptstädte lag, die Rubrik „Differenz“ (hinsichtlich der in der Stadt Geborenen und der Heimatberechtigten) wies in etwa auf die Dimension dieser Gruppe hin. Sie ist in Wien, Triest/Trieste und Prag/Praha am stärksten ausgeprägt, die Attraktivität in Hinblick auf die Faktoren Arbeitsmarkt, Karrieremöglichkeiten, Heiratsmöglichkeiten, sozialer Aufstieg und bright-lights-Faktoren am größten. Demgegenüber handelt es sich bei Salzburg, Görz/Gorizia und Lemberg/Lviv um Städte, die durch eine merkbare

Abwanderung von Heimatberechtigten gekennzeichnet waren; Salzburg war gleichzeitig auch stark von Zuwanderung geprägt. Die Stadt Steyr wurde dem Vergleich als zweite oberösterreichische Statutarstadt hinzugefügt, es handelt sich um keine Hauptstadt. Auch Steyr ist mit einem Anteil von 74 Prozent eine Stadt der „Fremden“, der Anteil einer sogenannten „zweiten Generation“ liegt vergleichsweise hoch.

### **Linz und Oberösterreich in der Spätgründerzeit**

Sieht man sich die Ergebnisse der Volkszählungen in Linz und Oberösterreich genauer an, so zeigt sich, dass die Stadt im Laufe des 20. Jahrhunderts zur „Landes“hauptstadt im wahrsten Sinn des Wortes wurde. Wolfgang Köllmanns These, dass Verstädterung im Wesentlichen durch Binnenwanderung verursacht wird und mehr noch durch Nahzuwanderung, findet am Beispiel Linz eine klare Bestätigung.<sup>29</sup> 43,1 Prozent der Bevölkerung wurden im juristischen Sinn als „Fremde“ klassifiziert, die allerdings aus oberösterreichischen Gemeinden stammten; es handelte sich dabei also um eine regionale, inneroberösterreichische Zuwanderung (Stadt – Land). Der Anteil der in Niederösterreich (inklusive Wien) Heimatberechtigten betrug 7,9 Prozent. Nahezu 20 Prozent der Linzer Wohnbevölkerung waren in Regionen beheimatet, die außerhalb des Staates Österreich in seinen heutigen Grenzen lagen. Dieses Gebiet, heutigem „Ausland“ entsprechend, war allerdings in seiner ethnisch-religiösen Struktur anders beschaffen als heute. In Böhmen erreichte damals der Anteil der Deutschsprachigen 35 bis 40 Prozent. Südböhmen, aus dem viele Zuwanderer nach Oberösterreich kamen, war mehrheitlich deutschsprachig. Insgesamt waren jedenfalls 15 Prozent der Linzer Wohnbevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien beheimatet, 3,8 Prozent im Ausland (inklusive Ungarn) und etwa 1 Prozent in Galizien, Bukowina und dem südosteuropäischen Raum Altösterreichs. (Tabelle 2)

Neben der Heimatberechtigung und dem Geburtsort wurde bei den Volkszählungen auch die Umgangssprache erhoben. Hinsichtlich der Muttersprache der Heimatberechtigten gibt es – anders als in der ungarischen Reichshälfte – keinerlei Angaben, nur Schätzungen, die in Linz in Richtung eines Anteils von fünf bis zehn Prozent mit nichtdeutscher Muttersprache inklusive der doppel- oder mehrsprachigen Einwohner und Einwohnerinnen gehen. Im Rahmen der österreichischen Spracherhebungen wurden keine Sprachkenntnisse oder Mehrsprachigkeit aufgezeichnet, da nur eine Umgangssprache angegeben werden konnte. Dadurch wurde die Existenz nationaler Zwischenmilieus ignoriert. Im Rahmen der Umgangssprachenzählung des Jahres 1900 wurden 392 Personen oder 0,7 Prozent der Linzer Wohnbevölkerung mit böhmisch-mährisch-slowakischer und 405 Personen mit italienischer Umgangssprache, ebenfalls 0,7 Prozent, erhoben. Bei 55.891 Personen bzw. 98,2 Prozent wurde die deutsche Umgangssprache vermerkt.<sup>30</sup>

**Tabelle 2: Heimatberechtigung und Geburtsort der Wohnbevölkerung, Linz 1900**

	Heimatberechtigung		Geburtsort	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Oberösterreich	25.353	43,1 %	23.921	40,7 %
Stadt Linz	13.922	23,7 %	18.330	31,2 %
Böhmen	7.509	12,8 %		
Niederösterreich	4.313	4,9 %		
Ausland	2.558	3,8 %	2.406	4,1 %
Wien	2.001	3,0 %		
Mähren	1.551	1,8 %		
Steiermark	837	1,6 %		
Salzburg	481	1,1 %		
Tirol	1.307	0,6 %		
Kärnten	412	0,5 %		
Schlesien	380	0,4 %		
Galizien	171	0,3 %		
Krain	227	0,2 %		
Vorarlberg	147	0,1 %		
Triest, Istrien, Görz	53	0,1 %		
Bukowina	30	0,06 %		
Dalmatien	12	0,04 %		
Gesamt sonst.				
Cisleithanien	16.958	29,4 %	14.134	24,0 %
Gesamt	58.791	100,0 %		

Quelle: Österreichische Statistik, Band 64, Heft 1. Wien 1902, XXVII, 24 f.;  
 Österreichische Statistik, Band 63, Heft 2. Wien 1903, 18 f.

Auch in Linz kann der Unterschied zwischen der Datenerhebung „Herkunft“ und „Umgangssprache“ mit der Akkulturation von Zuwanderern, mit dem massiven Assimilationsdruck seitens der Behörden sowie seitens des Umfelds der Betroffenen erklärt werden. Die Mehrheit der Zuwanderer aus Böhmen, Mähren und Schlesien dürfte der Mutterspra-

che nach allerdings deutschsprachig gewesen sein. Viele stammten aus dem grenznahen südböhmischen Raum, der von einer Bevölkerung bewohnt war, die zu mehr als 90 Prozent deutschsprachig war. Die reale Zahl jener, die eine andere Umgangssprache als deutsch sprachen, sollte dennoch wesentlich höher angesetzt werden als jene 1,4 Prozent, die als Resultat der Volkszählung angegeben wurden. Beispielsweise wurden in den letzten Jahren der Monarchie (und darüber hinaus) italienische Zuwanderer in der österreichischen Statistik notorisch unterschätzt. Die Volkszählungen der Kaiserzeit fanden ausschließlich per 31. Dezember statt, ein Zeitpunkt, an dem viele Migranten nicht anwesend waren. Noch vor der Jahrhundertwende hatten die k. k. Gewerbeinspektoren notiert, dass sich viele Italiener als Ziegelbrenner oder Erdarbeiter in Oberösterreich aufhielten, eine Zählung falle aber schwer, da die italienischen Arbeiter ihre Arbeitsbücher sehr nachlässig führten: „Die Italiener jedoch kamen mit Reisepass, Heimatschein oder gar nur mit einem formlosen Zettel. Diese mehr oder weniger wertvollen Dokumente wurden bei der bezogenen Gemeinde deponiert, der dafür ausgestellte Schein genügte [...] den Arbeiter aufzunehmen.“<sup>31</sup>

Man kann davon ausgehen, dass ebenso wie in Wien auch in Oberösterreich Italiener und Italienerinnen in den Volkszählungen deutlich unterrepräsentiert waren; insgesamt war ihre Zahl allerdings dennoch vergleichsweise gering. Dasselbe galt für die tschechischsprachige Bevölkerung; auch hier kann in der Realität von höheren Zahlen als bei den Volkszählungen angegeben in Linz und Oberösterreich ausgegangen werden, allerdings insgesamt doch auf einem deutlich niedrigeren Level als in Wien. Dies betraf auch die Thematik der Mehrsprachigkeit der bereits angesprochenen ethnischen bzw. nationalen Zwischenmilieus; die für Oberösterreich wenig beforschte Fragestellung sollte über die Monarchie hinaus bis in die Nachkriegsjahre, bis weit in die Zweite Republik hinein eine Rolle spielen. Die Zwischenmilieus wurden in der zeitgenössischen Statistik nicht abgebildet.<sup>32</sup>

Linz um 1900 kann jedenfalls als „regionales Zentrum“ bezeichnet werden – ein Begriff, der ein Migrationsziel bezeichnet, das sich in erster Linie aus Nahzuwanderung speist. Damit wies Linz eine ähnliche Struktur auf wie etwa Salzburg, Klagenfurt, Krems, zum Teil auch Graz, Städte, die ebenfalls als „regionale Zentren“ angesehen werden konnten. Wie erwähnt, bestand die Migration nach Linz in erster Linie aus oberösterreichischen Zuwanderern und Migranten der primär deutschsprachigen Regionen Südböhmens. Linz war zur Jahrhundertwende als Mittelstadt anzusehen und folgte damit anders gelagerten Entwicklungslinien als eine Großstadt wie Wien. Dies bedeutete jedoch nicht, dass der relative Anteil an Zuwanderern geringer war als in Großstädten.<sup>33</sup> Ideologisch und mental folgte man in Linz bereits seit den 1880er Jahren bis zum Ende der Monarchie einem „provinziellen Patriotismus“, der im Zusammenhang mit der Bevölkerungszusammensetzung, dem Migrationsmuster, den kulturellen Traditionen und den politischen Kräfteverhältnissen stand. Für diesen „provinziellen Patriotismus“ war eine spezifische Ausprägung der Fremd- und Eigenbilder charakteristisch, bei denen Ausgrenzung sowie die Vorstellung einer Hierarchie der Bevölkerungsgruppen der Stadt eine wichtige Rolle spielten.<sup>34</sup> Die sogenannte „bodenständige“, „einheimische“, oberöster-

reichische, deutschsprachige, männliche Bevölkerung stand dabei an der Spitze dieser Hierarchie.

Große Unterschiede bestanden hinsichtlich der Geschlechter; auf Ehefrauen ging die Heimatberechtigung des Mannes über; ledigen Frauen war es bis 1897 respektive 1902 nur schwer möglich, das Heimatrecht selbständig zu erlangen, außer sie verfügten über Vermögen. Am untersten Ende der Hierarchie waren zweifellos nicht-einheimische, also fremdzuständige ledige Frauen mit geringem Einkommen angesiedelt. Eine Berufsgruppe, die zur Gänze in diese Kategorie fiel, waren die Dienstmädchen und andere weibliche Dienstboten und „Dienende“. In Wien stellte diese mit 101.861 Personen eine große Berufsgruppe dar, die jene der Angestellten, mit 98.118 ausgewiesen, übertraf.<sup>35</sup> Hinsichtlich der Volkszählung 1900 wird die Zahl der Hausdienerschaft für ganz Oberösterreich mit 13.113 angegeben, davon waren 11.932 Personen ledig (91 Prozent), 439 verheiratet und 732 verwitwet. In der Stadt Linz waren 3.021 Personen in der Rubrik Hausdienerschaft ausgewiesen, davon 2.885 weiblich und 136 männlich (von insgesamt 34.419 Berufstätigen inklusive der Hausdienerschaft).<sup>36</sup> In erster Linie handelte es sich um junge Frauen, die „in den Dienst“ als Dienstboten (nicht als Mägde) gingen. „Zu heiraten“, eine Ehe zu schließen war für die meisten dieser jungen Frauen ein Ziel, das seine Ursache in der damaligen Beschaffenheit der Gesellschaft hatte. Möglichkeiten, unabhängig zu agieren, hatten die Zuwanderinnen kaum. „Ledige Frauenspersonen“ mit geringem Einkommen standen am unteren Ende der Hierarchie, lebten in ständiger Gefahr, falls fremdzuständig, abgeschoben zu werden, falls sie ihre Anstellung verloren. Wenn im Dienstbotenbuch keine Notiz „ehrenhaft entlassen“ oder „in Ehren entlassen“ zu finden war, standen die Dienstmädchen automatisch im Verdacht, „entlaufen“ zu sein oder der Prostitution nachzugehen.<sup>37</sup> Es handelte sich bei dieser Gruppe großteils um fremdzuständige Personen. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1890 stammten in der Stadt Wien 88 Prozent der Dienstboten nicht aus der Reichshauptstadt, der Anteil der Nahzuwanderinnen aus Niederösterreich betrug davon 20 Prozent.<sup>38</sup> Angesichts des wesentlich höheren Anteils an Fremdzuständigen in Linz wäre ein geringerer Anteil „fremder“ Dienstboten in Linz als überraschend anzusehen; die Fluktuation war in dieser Berufsgruppe hoch.

Im Vergleich mit anderen Städten wie etwa Graz oder Salzburg war der Anteil der Dienstboten an den Berufstätigen in Linz zu diesem Zeitpunkt vergleichsweise gering. In der Stadt Salzburg wurden (von 20.735 Berufstätigen) 2.357 Dienstboten ausgewiesen, ein wesentlich höherer Anteil als im Bezirk Linz – wenn dem kein Erhebungsfehler zugrunde liegt (1.242 von 48.274). In Salzburg (oder auch Graz) waren Dienstboten stärker nachgefragt als in Linz. Diese Tatsache sollte sich letztlich auch im Falle der Käthe Diernesberger (1879–1967), geborene Schübler, auswirken.<sup>39</sup> Sie wurde in Freindorf bei Waizenkirchen in Oberösterreich geboren; der Vater verstarb früh, die Mutter verdingte sich als Magd und heiratete in der Folge einen Knecht. Der Stiefvater misshandelte Käthe und schlug die Mutter, die früh verstarb. Ab dem Alter von 13 Jahren arbeitete Käthe bei Bauern im Dienst, verbunden mit stundenlangen Fußmärschen. Sie erlobte sich mit einem Kellermeister, gebar mit 19 ein Kind, bald nach dessen Geburt

verstarb ihr Verlobter. Danach erweiterte sich ihre Mobilität: Auf eine Stelle im Hotel Greif in Wels folgte die Entscheidung, nach Linz zu gehen, im Alter von 21 Jahren.<sup>40</sup> Käthe Diernesberger hat einen Lebensbericht verfasst, der bis 1924 reicht und als Unikat gelten muss, als einmalige sozialhistorische Quelle, angereichert mit alltags- und sozialhistorischen Details und Einzelheiten zur Befindlichkeit der Verfasserin, die ungewöhnlich offen und selbstbewusst berichtet. Brigitte Hamann verwendete die Quelle erstmals extensiv, Gabriella Hauch hat sie in ihrem Werk zur Geschlechtergeschichte in Linz ebenfalls ausführlich zitiert. Die auszugsweise Wiedergabe an dieser Stelle nimmt vor allem Bezug auf die Aspekte Mobilität, Unterschichtung und die Wertekonflikte urbane „Stadt“ – traditionelles „Land“. Zu ihrer Ankunft in Linz, wahrscheinlich im Jahre 1901, hielt Diernesberger, geborene Schübler, in ihren Erinnerungen fest:

„Ich war zum ersten Mal in Linz und ging zu einer Dienstvermittlung. Da ich fremd war, ging es genau wie beim ersten Platz in Wels. Ich bekam einen Hundspatz. Das war im Hotel Budweis in Urfahr, ein großes Haus für Geschäftsleute, Beamte und vor allem für die Pöstlingberg Wallfahrer. Wir brauchten jeden Tag ein halbes Kalb nebst ganzen Kesseln voll Rindfleisch und vielen anderen kleinen Speisen. Es wurde im Hause geschlachtet, an Samstagen mußte ich mit dem Küchenmädchel oft 15-20 Hendl abstechen und putzen. Ich war als zweite Köchin aufgenommen, mußte aber im Fleischkeller so viel arbeiten wie ein Hausknecht. Abends jeden Tag von 20 Eiern, ohne Wasser Nudeln, Fleckerl und Gerstel reiben. Alles wurde im Hause selber gemacht. Dann kam eine Behandlung wie bei Sklaven. Die Frau war von allen gefürchtet. Die Dienstboten bekamen nie etwas Frisches zu essen. Immer das, was schon verdorben war. Wie traurig war ich um mein liebes Hotel Greif! In diesem Hause kamen wir nie vor Mitternacht ins Bett. Wir hatten keine Zimmerstunde, es wurde nicht aufgeräumt und wir hatten Wanzen. Es hatte ja niemand Zeit. In der Früh, jeden Tag um 5 Uhr in der Küche sein, [...]“<sup>41</sup>

Käthe Schübler kündigte nach diesen Erfahrungen und begann in einem Privathaushalt der Besitzer der Fleischerei Pieberhofer in Linz, Langgasse, zu arbeiten. Käthe „fühlte sich im Himmel gegen die ‚Stadt Budweis‘ in Urfahr“. Sie machte neue Erfahrungen: Alle 14 Tage ging sie zum Tanz mit einer Freundin, die mit einem beim Fleischhauer angestellten „Burschen“ verlobt war. Unter den Fleischhauern, mit denen sie ausgegangen war, hatte sich Leo befunden, „der ausnehmend hübsch war und hatte auch schöne schwarze Augen“.<sup>42</sup> Gleichzeitig wurde ihr von der Chefin angeraten, einen kürzlich verwitweten Maschinenführer in der Nachbarschaft mit kleinem Kind zu heiraten: „Ein Eisenbahner, ein schönes Gehalt und einmal eine Pension“, dann wäre sie „eine gnädige Frau“. Käthe Schübler lehnte das Angebot ab, sie hatte sich in den gut aussehenden Fleischhauergehilfen verliebt, obwohl ihre Dienstgeberin vor ihm warnte. Das Dienstmädchen und der Gehilfe verlobten sich jedoch und begannen zu sparen.<sup>43</sup>

Aus gesundheitlichen Gründen kündigte sie in der Fleischhauerei, es folgten weitere Anstellungen, schließlich auch in einem bekannten jüdischen Haushalt, in der Unternehmerfamilie Kafka: Es handelte sich dabei um die Besitzer der „Ersten Oberösterreichischen Likör- und Essigfabrik in Linz und Urfahr L. & S. Kafka“. „Es waren Juden, das wußte ich erst, als ich dort war.“<sup>44</sup> Käthe wurde darin unterwiesen, koscher zu

kochen, sie hatte viel zu tun, musste um zehn Uhr abends den Küchenboden reiben und das Wasser dafür aus dem Hof holen. „Der alte Herr war die lautere Güte und ein sehr guter Chef für seine Angestellten“, die jüngere Tochter – die spätere Frau des Arztes Dr. Bloch – half ihr beim Aufräumen. Aus den Aufzeichnung geht hervor, dass ihr der elegante Sohn Rudolf Kafka gefiel. Käthe Schübler klagte allerdings über „die schlechte Kost“, sie erhielt abends zehn Heller, kein Abendessen, nur Brot und den Kaffeesud. Die Hausfrau Hermine Kafka blieb ihr nachhaltig in Erinnerung: „Sie war bezüglich Essens sehr geizig, obwohl alles für die Familie da war.“<sup>45</sup>

Schließlich kündigte sie auch dort, war auf der Suche nach akzeptableren Lebens- und Arbeitsverhältnissen, kam in den Haushalt eines Ingenieurs in der Klammstraße in Linz. Sie hatte in einem gegenüberliegenden Haus ein eigenes Zimmer. Ihre Verlobung mit dem Fleischhauergehilfen ging ins dritte Jahr, Käthe Schübler wurde schwanger, die beiden schmiedeten Pläne, die junge Frau vertraute dem Mann zur Gänze.<sup>46</sup> An dieser Stelle sei ein allgemeiner Einschub erlaubt, der auf den Ausführungen von Hazel Rosenstrauch basiert, die zur Zuwanderung der „Landmädchen“, von jungen Frauen, wie Käthe Schübler aus Waizenkirchen eine war, festhielt: „Da prallten unterschiedliche Welten aufeinander, wie überhaupt die Armut am Lande und das Wachsen der Städte Fremdes und Eigenes ständig vermischten und Eigenes gebaren, Fremde waren z.B. die Mädchen vom Lande, die von zu Hause weggeschickt wurden, weil sie dort nicht mehr ernährt werden konnten. [...] Den Landmädchen war nicht klar, dass sie in der – von männlichen Normen bestimmten Stadtgesellschaft – nur als billige Arbeitskraft und nicht als Person mit ihren Wertvorstellungen und Spielregeln erwünscht waren. Zum Dienstmädchen gehörte – nicht als tragischer Einzelfall, sondern als symptomatische Begleiterscheinungen der Arbeitsverhältnisse in der Stadt – der Schwängerer aus den manchmal nur ein wenig besseren Verhältnissen; der Galan, der dem Mädchen die Heirat versprochen und sie dann sitzengelassen hatte. [...]

Am Dorf galt das Beilager als Eheversprechen. [...] Gerichtsakten belegen, dass die Mädchen den Heiratsversprechen geglaubt und ihre dörflichen Erfahrungen gleichsam mit in die Stadt genommen hatten.“<sup>47</sup> Die Folgen waren dramatisch und reichten von überfüllten Waisenhäusern bis zu ausgesetzten Kindern, Abtreibungen, Kündigungen, Prostitution, manchmal führten sie zum Selbstmord.

Käthe Schübler wurde von ihrem Verlobten, dem attraktiven Fleischhauergesellen „sitzen gelassen“, kurz vor der Geburt teilt er ihr mit, dass er eine Frau mit Geld heiraten wolle, „damit ich dich mit dem Kind besser unterstützen kann.“<sup>48</sup> Nicht nur die einsetzenden Wehen, wohl auch der Missbrauch des Vertrauens und die Beleidigung ihrer Intelligenz führen zu einem Schock. In der Frauenklinik wurde Schübler ihrer Ansicht nach nicht adäquat behandelt, sprach von „argen Zuständen“ dort. Nach einigen Tagen kehrte sie mit dem schwachen Baby in einem Gasthauszimmer ein, sie erkrankte, wurde depressiv, ihr Sohn erholte sich nicht, beide kamen ins Spital, das Baby starb.

Bei Käthe Schübler wurde in der Folge eine „Gemütskrankheit“ diagnostiziert. Sie wusste nicht, wohin sie gehen sollte, nach Linz, in Landgemeinden, nach Salzburg? Ihre Ersparnisse waren aufgebraucht, sie dachte an Selbstmord. Letztlich stand dieser Schritt

für sie dann doch außer Frage.<sup>49</sup> Zwischendurch, über die Jahre, hatte sie Dienstgeber in Kirchdorf und in Micheldorf im Kremstal gehabt, sie nahm das Angebot eines Korken-erzeugers aus Micheldorf an, verließ Linz. Sie wusste allerdings, dass der Dienstgeber alle Köchinnen belästigte. Tatsächlich kam es dort zu einer versuchten Vergewaltigung, sie nahm in der Folge wieder eine Arbeitsstelle in Linz an, pflegte die Fleischersfrau Pieberhofer, ihre zweite Dienstgeberin in Linz. Nach deren Gesundung wollte sie aus der Landeshauptstadt fort, fürchtete sich davor, Leo, „dem treulosen Fleischhauer (zu) begegnen“.<sup>50</sup> Sie schrieb dem früheren Dienstgeber in Kirchdorf, nahm dort eine Stelle an. An ihrem letzten Tag in Linz traf sie auf Rudolf Kafka, den Junior der Likörfabrik. Er ging mit ihr ins Café Central. Gabriella Hauch fasst zusammen: „Anschließend begann Kafka, sie zu überreden, gemeinsam in einen Gasthof zu gehen. Käthe Schübler äußerte ihre Angst wieder schwanger zu werden, er würde sie ja doch nicht heiraten können. Er meinte nur, selbstverständlich könnte er sie und ein Kind ernähren.“<sup>51</sup> Wochen später stellte sich heraus, dass sie erneut schwanger war.

In weiterer Folge informierte sie die Familie Kafka, sie wollte Rudolf in Linz besuchen, ein Treffen kam nicht zustande. Sie erhielt allerdings eine Anstellung in Salzburg, gebar dort ihr Kind, das sie nach dem Kindsvater Rudolf nannte. In ihrer Verzweiflung fuhr sie nach Linz, verlangte eine Aussprache mit dem Kindsvater. Sie trafen sich und sie „musste sehr viel weinen [...] Ich hatte den Kindsvater ja immer sehr gerne, und hätte weiß Gott was dafür gegeben, wenn er mich hätte heiraten können.“ Sie blieb eine zeitlang in seiner Nähe, wohnte am Tummelplatz 4 und pflegte eine kranke Frau. Bitter kommentiert sie diese Zeit in ihren Erinnerungen: Während die „allernächsten Schuldtragenden in sorgloser Geborgenheit“ lebten, ging sie nun jeden Tag am Geschäft der Kafkas in der Landstraße vorbei, bewusst ihrer eigenen „Armseligkeit“.<sup>52</sup> Die Beziehung eines vermögenden Juniorchefs aus dem jüdischen, in diesem Fall konfessionell gebundenen Bürgertum mit einem ledigen Dienstmädchen, das bereits drei Kinder geboren hatte, wäre in dessen Kreisen als undenkbar und ausgesprochene Mesalliance angesehen worden. In ihrer Zeit als Herrschaftsköchin bei der Familie Kafka hatte Hermine Kafka, die Mutter Rudolfs, dem Mädchen eine chiffrierte Warnung zukommen lassen: „Als ‚Herr Rudolf‘ von einer seiner vielen Reisen nach Linz kam und Käthe nett und höflich behandelte, fühlte sich die junge Frau geschmeichelt. Hausfrau Hermine [...] gab dem Mädchen ein Buch zu lesen: ‚Der Inhalt handelte von einer Bauernmagd, die der Sohn der Besitzerin entehrt hatte und die dann mit Schande vom Hof musste. Als sie im Unglück war, hat der Sohn sie verleugnet.‘ Das kommentierte Käthe Jahre später: ‚Was meinte die Frau, war sie helllichtig?‘“<sup>53</sup>

Schließlich verließ Käthe Schübler im Jahre 1905 Linz, es gelang ihr in Salzburg eine Anstellung zu finden, ohne Unterstützung des Kindsvaters zog sie ihren Sohn auf, 1907 heiratete sie den Eisenbahner Josef Diernesberger. In der Folge konnte sie sich in Salzburg etablieren. Ihre Erinnerungen schrieb sie 1949 im Salzburger Stadtteil Gnigl nieder. Zur oberösterreichischen Landeshauptstadt, in der sie nie die Heimatberechtigung erlangte, hielt sie fest: „Linz, die Stadt meiner großen Enttäuschung.“<sup>54</sup> Gabriella Hauch, die die Erinnerungen Käthe Diernesbergers genau analysiert hat, notierte zum

Inhalt des Lebensberichts insgesamt: „Das Arbeitsleben einer jungen Frau vom Lande, die in der Stadt Linz ohne Ausbildung zu überleben trachtete und sich in den vorgefundenen Grenzen zurecht finden wollte. Ein erzwungenes Frauenleben, das keine Möglichkeit bot, einen gewünschten Lebensentwurf zu realisieren, aber trotzdem Käthe Schübler, verehelichte Diernesberger, durchhalten ließ, voll Eigensinn und Gottvertrauen.“<sup>55</sup>

Aus der Sicht der Migrationsforschung sind die Erinnerungen der Käthe Diernesberger ein Beleg für die Komplexität von Migrations- und Mobilitätsentscheidungen, die sich in Form der Statistiken oder auch der auf statistischen Erhebungen beruhenden Thesen, Dominanz der Arbeitsmärkte etc., nicht einmal annäherungsweise abgebildet werden können. Die Zahl jener Quellen, bezogen auf den Großraum Linz, sind allerdings rar. Die Jugenderinnerungen Diernesbergers weisen auf eine enorme innerösterreichische Mobilität hin auf mehr als einem Dutzend Aufenthaltsorten, bevor sie 26 Jahre alt geworden war, und keiner war ihr „Heimatort“, jener Ort, an dem sie heimatberechtigt war. Nicht angesprochen in den hier ausgewählten Zitaten ist ein Faktum, das aus dem gesamten Bericht hervorgeht: Ihr Überleben in den diversen Orten wird dem „Landmädchen“ nur durch immer wieder geleistete Solidarität durch ihr Umfeld, Freundinnen, Bekannte etc. möglich. Diese Solidarleistungen ersetzen das soziale Netz, das es für „fremde“ Dienstmädchen in Oberösterreich nicht gab, stellten einen Kontrast zur „sozialen Kälte“ dar, die sich aus den meisten Dienstgeber-Dienstnehmer-Beziehungen ableiten lässt. Käthe Diernesberger ließ sich nicht in Linz bleibend nieder, obgleich dies jahrelang ihr Ziel gewesen war. Für die franzisko-josephinische Epoche ist die nur vorübergehende Ansiedlung vieler Zuwanderer und Zuwanderinnen ein Charakteristikum. In Linz kann zeitweise ein Verhältnis der bleibenden zur fluktuierenden Bevölkerung von eins zu sieben angenommen werden, in Wien von eins zu vier bis eins zu fünf.<sup>56</sup>

Zu dieser Zeit musste man sozial privilegiert sein oder sich mindestens zehn Jahre an einem Ort aufhalten, um heimatberechtigt zu werden. Für ein junges Dienstmädchen war dies unmöglich, es sei denn, sie erhielt das Heimatrecht durch Heirat. Scheitern und Etablierung lagen oft nahe beieinander. Maria Ziegler aus einer kleinbäuerlichen Familie in Kallham im Hausruckviertel musste Arbeit suchen und ging nach Linz in den Dienst, in einer Zeit, als alles noch ein wenig schwieriger war. Sie arbeitete als Köchin in einem Haushalt in der Landstraße 28.<sup>57</sup> In Linz lernte sie den Arbeiter Heinrich Gleißner kennen, der sich mit der Zeit zum Werkmeister in einer Lokomotivenfabrik hinaufarbeitete. Es kam zur Eheschließung. Gleißner stammte aus der Oberpfalz, aus Bayern, und es dauerte lange, bis er aus dem bayerischen Staatsverband entlassen, und noch länger, bis er in Linz heimatberechtigt wurde. Der Bayer lebte bereits rund 20 Jahre in Linz, als er auf sein Ansuchen hin im Februar 1902 „durch Beschluss des Gemeinderates in den Verband der Landeshauptstadt Linz aufgenommen“ wurde.<sup>58</sup> Gleißner hatte erst durch die bereits angesprochene Heimatrechtsreform eine Art Anspruch auf das Heimatrecht erhalten. Maria Ziegler hatte ebenfalls an die 20 Jahre in Linz gelebt, durch die Heirat mit Gleißner war sie bayerische Staatsangehörige geworden, ebenso wie ihre ehelich geborenen Kinder, darunter der 1893 in Linz geborene Heinrich Gleißner junior. (Dessen Leben wurde später von einer steilen Karriere gekennzeichnet, er sollte Lan-

deshauptmann von Oberösterreich werden und die Entwicklung der Landeshauptstadt in spezifischer Weise beeinflussen.) Erst im Jahre 1902 wurden schließlich alle Familienmitglieder in den Heimatverband der Stadt Linz aufgenommen. Die streng katholische Familie, die aus den Eltern und sechs Kindern bestand, lebte in einer Arbeiterwohnung in Linz-Lustenau, am damaligen Stadtrand, verfügte über ein Zimmer, ein Kochzimmer und eine Kammer.<sup>59</sup> In diesem Fall hatte die traditionelle Gemeinschaft funktioniert, die „tradierten religiösen Regeln und die Auffassungen von Ehre“ waren eingehalten worden.<sup>60</sup> Das Landmädchen Maria Ziegler, als Dienstbotin nach Linz gelangt, hatte sich in der Stadt etablieren können.

### „Die deutsche Wacht an der Donau“

Linz wurde im Zeitraum 1900 bis 1919 von männlichen Eliten regiert, ein Kurienwahlrecht war in Kraft, das eine Gleichheit der Stimmen nicht kannte. Mittel- und Oberschichten meist mit deutschnationaler Ausrichtung dominierten die Stadt, unter ihnen herrschte Einigkeit hinsichtlich der Beibehaltung der Heimatgesetzgebung, der juridischen Klassifizierung der Menschen in „Einheimische“ und „Fremde“. Eine grundsätzliche Änderung dieser Gesetzgebung wurde seitens der herrschenden Kreise bis 1919 nicht angedacht, in der Folge durch die gesellschaftspolitischen Veränderungen teilweise erzwungen. Linz war zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Stadt mit ausgeprägter deutschnationaler Tendenz und starken katholischen Traditionen.<sup>61</sup> Dazu existieren viele Belege und Einschätzungen von Zeitgenossen. Der Lehrer Franz Langoth (1877–1953), der spätere großdeutsche Landeshauptmann-Stellvertreter und nationalsozialistische Oberbürgermeister, hatte 1897 seine Anstellung verloren, weil er an der Spitze einer Demonstration in Kirchdorf stand, die gegen die ausgleichenden Sprachverordnungen des österreichischen Ministerpräsidenten Badeni gerichtet war. In verschiedenen Städten führte der Protest zu Krawallen und blutigen Ausschreitungen. Langoth schrieb darüber, wie er in der Folge nach Linz gelangte: „Übrigens hatte ich Aussicht, in der Stadt Linz unterzukommen. [...] Hier war eine deutschnationale Bewegung zur Herrschaft gelangt. Apotheker Gustav Eder war Bürgermeister geworden [1900, MJ] und nahm sich meiner an. So kam ich nach Linz, wo sich mir ein reiches Feld der Betätigung sowohl auf beruflichem als auch politischem Gebiet eröffnete. Es war mir zum Heile, es riss mich nach oben.“<sup>62</sup> Auf Eder folgte der Deutschnationale Franz Dinghofer. Anlässlich seiner Wahl zum Bürgermeister rief er 1907 im Gemeinderat der Stadt Linz die paradigmatischen Worte aus: „Es lebe die deutsche Wacht an der Donau. Heil!“<sup>63</sup> An späterer Stelle wird wiederholt auf die zentralörtliche Bedeutung der Stadt Linz für den Deutschnationalismus nicht nur im Lande Oberösterreich, sondern auch in benachbarten Regionen hingewiesen werden. An dieser Stelle sei auf die Bedeutung von Linz als Donaustadt hingewiesen, von Linz aus wurde ein verbaler und darüber hinaus auch ein physischer „Abwehrkampf“ gegen vermeintliche slawische Eroberungsansprüche geführt, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, dass es in tschechisch-nationalen

Kreisen das Diktum der „tschechischen Wacht an der Donau“ tatsächlich gab.<sup>64</sup> Die folgende Quelle zeigt, dass deutschnationale Aktivisten gut organisiert aus Linz anreisten, um „nationale Solidarität“ zu üben, ebenso wie aus der Quelle der hohe Grad an Aktivismus hervorgeht. Die deutschnationalen Abgeordneten Josef Helletzgruber und Franz Langoth waren dabei als tragende Figuren der „Tschechenabwehr“ in Grein und Melk, am 15. August 1909, einem traditionellen Feier- und Ausflugstag, anzusehen: „Der 15. August war auch für das deutsch gesinnte Grein, insbesondere für den Turnverein, ein großer Tag, galt es doch zu zeigen, dass auch hier deutsche Herzen schlagen und dass auch die Oberösterreicher deutsch denken und fühlen und jederzeit bereit sind, dem tschechischen Übermut entgegen zu treten. [...] Sonntag früh wurde die Fahrt in die Wachau mit dem Lokalschiff angetreten. Das mit Tschechen dicht besetzte Separatschiff ‚Franz Josef‘ kreuzte mit dem Lokalschiff oberhalb der Station Pöchlarn. Von den Passagieren des Lokalschiffs Grein–Melk wurden die tschechischen Ausflügler mit der „Wacht am Rhein“ empfangen. Bei der Ankunft in Melk wurde das Lokalschiff mit Heilrufen stürmisch begrüßt. In feierlichem Zuge marschierte die Volksmenge in die Stadt Melk. [...] 5.000 bis 6.000 Personen stark. Frauen- und Mädchenhände überschütteten die deutschen Demonstranten beim Ein- und Umzuge durch die Stadt mit Kranz- und Blumenbinden. [...] Der Bürgermeister der Stadt Melk dankte in seiner Ansprache besonders auch den Volksgenossen aus der Stadt Linz für ihre Teilnahme an dem Abwehrfeste. Die ganze Demonstration [...] gab glänzendes Zeugnis für die Einmütigkeit der Deutschen gegenüber dem geplanten tschechischen Einfall.“<sup>65</sup> Der Einsatz der Linzer Deutschnationalen hatte also mit dazu beigetragen, dass tschechische Ausflugs Gäste in Melk bzw. in Grein darauf verzichteten, „deutschen“, in diesem Fall oberösterreichischen bzw. niederösterreichischen Boden zu betreten.

In Linz waren die Bürger per Gemeindestatut dem deutschen Charakter der Stadt verpflichtet. Es wurden die Amtsgeschäfte von 1900 bis 1919 von einem deutschnationalen Bürgermeister geführt. Dem deutschnationalen Lager galt Linz als „nationaler Hort“, als „urdeutsch“. Nach einer Studie von Kurt Tweraser, der das politische Klima im Linzer Gemeinderat untersucht hatte, war Linz „überhitzt deutschnational“.<sup>66</sup> Das „deutschnationale Lager“ bestand aus einem Konglomerat von Parteien und Fraktionen: Deutsche Volkspartei, Deutsch-Radikale Partei (Anhänger K.H. Wolfs), Alldeutsche Vereinigung („Schönerianer“), Verband der deutsch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten unter Einschluss der Fortschrittspartei. Erst 1908 führten diese Gruppierungen Verhandlungen, die zu einer einheitlicheren Linie führen sollten.<sup>67</sup> Die deutschnationale Dominanz wurde durch das Kurienwahlrecht auf Gemeindeebene ermöglicht. Nach den Wahlen von 1913 waren in Linz sogar 75 Prozent der Mandatare dem deutschnational-fortschrittlichen Lager zuzuordnen, 16,7 Prozent den Sozialdemokraten und nur 8,3 Prozent der Christlichsozialen Partei, die den oberösterreichischen Landtag kontrollierte.<sup>68</sup>

Ernst Bruckmüller formulierte die Hypothese, dass sich der klein- und mittelbürgerliche Protest gegen die raschen gesellschaftlichen Veränderungen, gegen Industrialisierung, Kapitalismus, Konkurrenz und Liberalismus in Österreich zweigeteilt habe. In Wien ent-

stand daraus die Vorherrschaft der Christlichsozialen Partei, in den Ländern entwickelte sich eine deutschnationale Dominanz: „Im klein- und mittelstädtischen Bürgertum von Salzburg, Krems, Linz, Graz oder Völkermarkt verband sich der wachsende Sprachnationalismus mit einer massiven Protesthaltung nicht nur gegen die Wünsche der nicht-deutschen Nationen, sondern vor allem auch gegen Wien, verband sich zuweilen das alte Landesbewusstsein mit dem Bewusstsein um die Zurücksetzung und das Zurückbleiben der ‚Provinz‘.“<sup>69</sup> Juden und Tschechen dienten in diesem Zusammenhang als negative Symbolfiguren. Die Deutschland-Orientierung könnte allerdings nicht nur als modernisierungsfeindlicher Protest, sondern auch als Modernisierungshoffnung gedeutet werden: Die Vorstellung, dass das mächtige Deutsche Reich expandiere – außenpolitisch, ökonomisch, intellektuell –, während Österreich stagniere und aus dem Stillstand und dem Nationalitätenhader nicht herauskomme, wurde von vielen in den Mittelschichten geteilt. Das Deutsche fixierte sich – zumindest partiell – als Vorbild für Modernität. Teils damit verbunden, teils eigenständig entwickelt, existierten zwar noch andere Bilder von Modernität (das kapitalistisch-amerikanische Muster), aber vielen erschien in den westlichen Kronländern das Deutsche Reich als Symbol für Modernisierung und technisch-wirtschaftlichen Fortschritt.<sup>70</sup>

In Linz wies die Statistik zur Zeit der Jahrhundertwende nur eine Religion mit mehr als 3 Prozent Bevölkerungsanteil aus, nämlich das römisch-katholische Bekenntnis. Von 58.791 Einwohnern im Jahre 1900 waren 56.500 römisch-katholischer Konfession, das waren 96,1 Prozent der Bevölkerung. 1.631 Personen, damit 2,8 Prozent, waren als Protestanten ausgewiesen, 571 Personen, also 1,0 Prozent, als Juden („Israeliten“).<sup>71</sup> Das markante Profil der katholischen Traditionen war nicht zuletzt auch das Ergebnis der massiven ländlichen Nahzuwanderung. Der Katholizismus kam noch stärker in Urfahr zum Tragen, einer Stadt mit ca. 15.000 Einwohnern, in welche viele Nahzuwanderer aus dem nördlich der Donau gelegenen Mühlviertel zugezogen waren. In Urfahr waren um 1900 184 Juden gemeldet, die sich ziemlich konzentriert im Gebiet von Alt-Urfahr-West angesiedelt hatten.<sup>72</sup> Urfahr wurde 1919 nach Linz eingemeindet.

Um 1900 lag der Bevölkerungsanteil der Juden in Linz und Urfahr bei rund 1 Prozent. Dennoch sollte es in weiterer Folge diese zahlenmäßig kleine Gruppe sein, die stark im öffentlichen Diskurs präsent war, über die berichtet wurde, die angefeindet wurde und die letztlich in einem ungeahnten Ausmaß Eingang in die Geschichtsbücher finden sollte. Dies war jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht absehbar.<sup>73</sup> Tabelle 3 gibt einen Überblick hinsichtlich der Präsenz einer jüdischen Minderheit in Linz bzw. Oberösterreich in absoluten Zahlen. Der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung schwankte, vernachlässigt man das Zählungsjahr 1850 und die NS-Zählungen, zwischen 1 Prozent und 0,01 Prozent in Linz sowie zwischen 0,14 Prozent und 0,004 Prozent in Oberösterreich. Dies belegt eindrucksvoll eine Diskrepanz zwischen medialer und demographischer Präsenz. Auch eine eventuelle Ansammlung ökonomischer oder politischer Eliten in Linz, die eine nachhaltige Berichterstattung rechtfertigen könnte, war nicht gegeben. Die jüdischen Eliten lebten in Wien.

**Tabelle 3:** Die jüdische Bevölkerung in Oberösterreich 1850–2001  
(Religionsbekenntnis)\*

Jahr	Oberösterreich	davon in Linz
1850	0	0
1869	690	k. A.
1880	1.056	650
1900	1.102	755*
1910	1.215	780*
1923	1.320	931
1934	966	671
1938	980	k.A.

Jahr	Oberösterreich	davon in Linz
1939	72**	48**
1945	26	26
1951	500	54
1960	156	k. A.
1971	108	44
1981	58	30
1991	99	44
2001	216	77

\* inkl. Urfahr;

\*\* Volkszählung 1939, nach Konfession („Glaubensjuden“).

Quelle: John: *Gebrochene Kontinuität*, 177; für 1939: *Statistische Übersichten für den Reichsgau Oberdonau*. Jg. 1 (1941), 2.

Mit der rechtlichen Gleichberechtigung, mit der Festschreibung der Grundrechte 1867, hatte auch die jüdische Bevölkerung Österreichs begonnen, so wie seit einiger Zeit die nichtjüdische, stärker aus den kleineren Gemeinden in die Zentren zu wandern. In Linz war damals eine ganze Reihe gewerblicher und industrieller Betriebe entstanden, der Handel hatte einen großen Aufschwung genommen und so waren während der Industrialisierung mehrere hundert Juden und Jüdinnen nach Linz und Urfahr gewandert. Die „Israelitische Cultus-Gemeinde“ in Linz wurde erstmals 1870 von der k.k. Statthalterei ob der Enns bewilligt. 1877 wurde in der Bethlehemstraße 26 eine architektonisch eindrucksvolle Synagoge eingeweiht. Die Kultusgemeinde beschäftigte von Anbeginn an einen Rabbiner. Nach der Verordnung des österreichischen Kultusministers von 1892 bestanden in Oberösterreich zwei Kultusgemeinden, eine in Linz (zu der bis 1911 Salzburg gehörte) und eine in Steyr. Die Kultusgemeinde Linz wies eine funktionierende religiöse und soziale Infrastruktur auf. 1907 trat der Kaufmann Benedikt Schwager (1863–1937) an die Spitze der örtlichen Gemeinde.<sup>74</sup>

Egon Basch (1876–1957) war einige Jahre jünger als Benedikt Schwager. Er ist als das Beispiel eines engagierten bürgerlichen Juden anzusehen. In seinen Erinnerungen an die Kaiserzeit in Linz war sowohl von Gleichberechtigung die Rede als auch von Isolation oder Antisemitismus. Basch, in Prag geboren, war 1910 von seinem Arbeitgeber, der Anglo-Bank, nach Linz versetzt worden. Er lebte bis 1938 in der oberösterreichischen Landeshauptstadt und schrieb schließlich seine Erinnerungen im argentinischen

Exil. Der ehemalige Bankdirektor verfasste damit eines der wenigen autobiographischen Zeugnisse, die von ehemals in Linz lebenden Juden existieren. Der deutschfreundliche und der deutschen Kultur sehr verbundene Mann zeichnete ein Bild reger Kontakte mit der nicht-jüdischen Bevölkerungsmehrheit, und zwar auf beruflicher Ebene. Als Geschäftsleiter einer großen Bank am Linzer Standort war dies durchaus nicht ungewöhnlich. Schon etwas überraschender war demgegenüber, dass beispielsweise die national-liberale „Tages-Post“ Basch eingeladen hatte, volkswirtschaftliche Artikel für die Zeitung zu verfassen. Doch so integriert Basch im Berufs- und Geschäftsleben auch war, im privaten Umfeld stellte sich die Situation etwas anders dar. Dann bewegte sich Basch in erster Linie in jüdischer Bekanntschaft, im Café Traxlmayr, im Café Reith oder in einem kleinen innerstädtischen Weinlokal. Seine spätere Gattin Anny Sobotka, die aus einer jüdischen Familie in Iglau/Jihlava stammte, lernte er bei einem Spaziergang auf der Landstraße kennen, den er mit einem jüdischen Freund und Annys in Linz lebender Cousine unternommen hatte. Um die politische Lage hatte sich Basch schon um 1910 Sorgen gemacht: „Der Antisemitismus stand in Blüte“, schrieb er, „alarmierend“ nannte er die aufgeheizte Situation.<sup>75</sup>

Der Bekanntenkreis von Egon Basch bestand in erster Linie aus assimilierten Juden. Diese waren sich ihres Judentums bewusst, betonten es aber nicht: Meistens waren sie nicht oder kaum religiös, hielten sich nicht oder nicht strikt an die Speiseregeln und an die anderen religiösen Gesetze. Sie waren meist hoch akkulturiert, das heißt sie unterschieden sich in dieser Hinsicht kaum von der Mehrheitsbevölkerung; sie waren staats-treu und der deutschen Kultur in hohem Maß verbunden. An die Sitten und Gebräuche der Mehrheitsbevölkerung hatten sie sich angepasst. Egon Basch arrangierte sogar eine Art Weihnachtsfeier mit jüdischen Freunden: „Weihnachten 1911 besuchte mich Freund (Ludwig) Samek aus Prag und ich arrangierte einen Weihnachtsabend, an dem die vier Junggesellen – auch (Artur) Schüssler (und Oskar Weissenstein) war da – mir Gesellschaft leisteten. Meine alte Wirtschafterin kochte ganz ausgezeichnet und für Alkohol war auch vorgesorgt. Der Wein tat seine Schuldigkeit ...“<sup>76</sup> Basch beschrieb auch regelmäßige, sehr patriotische Stammtischrunden nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs im Café Traxlmayr, „Zusammenkünfte, an denen Dr. Brunner, Prof. Roger, Staatsanwalt Jellinek, Direktor Schütz u.a. teilnahmen, um die Kriegsergebnisse und Aussichten zu besprechen.“<sup>77</sup>

Die meisten zugewanderten jüdischen Familien waren kulturell assimiliert und weder jüdisch-national noch religiös orthodox. Die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Linz, auch während der Kaiserzeit, ist an sich bereits gut dokumentiert.<sup>78</sup> Der hohe Grad an Assimilation und Akkulturation seitens der jüdischen Zuwanderer und Zuwanderinnen steht außer Frage. Die Existenz einer jüdischen bürgerlich-assimilierten Schicht bedeutete allerdings noch nicht deren gesellschaftliche Integration. Antisemitische Einstellungen waren in Linz und Oberösterreich damals weit verbreitet. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen, Dienstboten und Angestellte kannten aber in der Regel keine Juden persönlich, die jüdische Gemeinde war vergleichsweise klein, die gesellschaftliche Atmosphäre war allerdings gespannt.<sup>79</sup> Aus diesem Grund waren auch in Linz jüdisch-na-

tionales und zionistisches Gedankengut gestärkt und einschlägige Vereine gegründet worden.<sup>80</sup> Extreme Ausformulierungen des Antisemitismus in Linz werden an späterer Stelle noch zu diskutieren sein, weil sie Jahrzehnte später – nach ihrer ersten Formulierung – tatsächlich geschichtsrelevant wurden und da der Ort Linz dabei europaweit eine bestimmte Rolle spielen sollte.

Im Rahmen der Volkszählung von 1910, der letzten Volkszählung des Staates Österreich-Ungarn, zeigten sich erhebliche Veränderungen gegenüber der Zählung von 1900. Das neue Heimatrechtsgesetz hatte zweifellos integrative Auswirkungen. Doch je nach der Kommunalpolitik der betreffenden Stadt konnte im städtischen Kontext aber auch eine massive Assimilationspolitik durchgeführt werden. Das Gemeindestatut der Stadt Wien aus dem Jahr 1900 enthielt etwa die Verpflichtung der Bürger zum Schwur, den deutschen Charakter der Stadt zu verfestigen. Der neu aufgenommene Bürger, hieß es gemäß Paragraph 10, habe vor dem Bürgermeister eidlich zu geloben, dass er alle Bürgerpflichten nach Vorschrift des Gemeindestatutes erfüllen werde, das Beste der Gemeinde möglichst fördern und den Charakter der Stadt Wien als Reichshaupt- und Residenzstadt sowie „den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften aufrecht halten wolle.“<sup>81</sup>

Die Landeshauptstadt Linz wurde von 1900 bis 1919, wie bereits ausgeführt, von einer deutsch-nationalen Gemeinderatsmehrheit mit einem gewissen Sendungsbewusstsein regiert. Tweraser sprach in diesem Zusammenhang von einem ausgeprägt deutschnational geprägten ideologischen Tenor der Politik.<sup>82</sup> Unter Bürgermeister Franz Dinghofer (1873–1956) setzte die Stadtverwaltung auf eine steigende Geburtenziffer der deutschsprachigen Bevölkerung, versuchte gezielt deutsche Investoren anzuwerben und stand der regionalen Zuwanderung positiv gegenüber: „Die Zuwanderung ist zwar eine zufriedenstellende, wenngleich es gilt das bäuerliche, das einheimische Element zu stärken und zu fördern und nicht jenes aus fremden Kronländern,“ äußerte der Bürgermeister, der selbst aus dem Mühlviertel, aus dem rund zehn Kilometer von Linz entfernten Otensheim stammte.<sup>83</sup>

Der Bevölkerungszuwachs von 1900 bis 1910 war einerseits auf eine positive Geburtenbilanz zurückzuführen, andererseits auf Zuwanderung. Auffällig ist, dass sich die Zahl der in Linz heimatberechtigten Bevölkerung von 13.922 im Jahre 1900 auf 30.227 im Jahre 1910 mehr als verdoppelte. Viele Zuwanderer aus den ländlichen Regionen Oberösterreichs befanden sich offenbar schon seit mehr als einem Jahrzehnt in Linz und strebten in dieser Entwicklungsphase einen Erwerb der Linzer Heimatberechtigung an. Die Statistik wies für die oberösterreichischen Gemeinden eine negative Differenz betreffend Geburtsort und Heimatberechtigung von rund 9 Prozent auf. Linz war dabei der Gewinner, denn der negativen Differenz der kleineren Gemeinden stand insgesamt ein Plus von rund 12 Prozent der Stadt Linz gegenüber. Bei den meisten Herkunftsregionen war ein Minus ausgewiesen. Im Fall der im Ausland Geborenen beispielsweise zeigte sich, dass 2.558 Einwohner von Linz im Ausland geboren worden waren, jedoch nur 1.819 eine ausländische Staatsangehörigkeit innehatten – ein Minus von 1,1 Prozent. Ein merkbares Plus wurde lediglich für Böhmen und Mähren angezeigt. Dabei war zum

einen auffallend, dass der Anteil der aus Böhmen stammenden Linzer Heimatberechtigten sowohl absolut als auch in relativen Zahlen stark absank, von 12,8 Prozent im Jahre 1900 auf 7,9 Prozent. Zum anderen war bemerkenswert, dass die Zahl der Linzer Bevölkerung, die in Böhmen heimatberechtigt war, jene der Geburtsbevölkerung aus Böhmen übertraf.

**Tabelle 4: Herkunft (Geburtsort) und Heimatberechtigung, Linz 1910**

	Geburtsort		Heimatberechtigung		Differenz, in %
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	
Oberösterreich	27.975	41,2 %	21.898	32,3 %	- 8,9 %
Stadt Linz	22.229	32,8 %	30.227	44,6 %	11,8 %
Böhmen	4.978	7,4 %	5.370	7,9 %	0,5 %
Niederösterreich	3.294	4,9 %	2.756	4,1 %	- 0,8 %
Ausland	2.558	3,8 %	1.819	2,7 %	- 1,1 %
Wien	2.001	3,0 %	1.623	2,4 %	- 0,6 %
Mähren	1.258	1,8 %	1.419	2,1 %	0,3 %
Steiermark	1.077	1,6 %	755	1,1 %	- 0,5 %
Salzburg	748	1,1 %	447	0,6 %	- 0,5 %
Tirol	440	0,6 %	342	0,5 %	- 0,1 %
Kärnten	331	0,5 %	355	0,5 %	0,0 %
Schlesien	304	0,4 %	353	0,5 %	0,1 %
Galizien	232	0,3 %	161	0,2 %	- 0,1 %
Krain	167	0,2 %	152	0,2 %	0,0 %
Vorarlberg	98	0,1 %	55	0,1 %	0,0 %
Triest, Istrien, Görz	66	0,1 %	38	0,06 %	
Bukowina	38	0,06 %	27	0,04 %	
Dalmatien	23	0,04 %	20	0,04 %	
Gesamt	67.817		67.817		

Quelle: Österreichische Statistik, Neue Folge Band 1, Heft 2. Wien 1912, 22–39.  
Österreichische Statistik, Neue Folge Band 2, Heft 1. Wien 1912, 26 f.

In Wien zeigte sich jedenfalls das zu erwartende umgekehrte Phänomen, nämlich dass die Geburtsbevölkerung aus Böhmen und Mähren jene der Heimatberechtigten deutlich übertraf, um insgesamt rund 60.000 Personen – die Differenz im Kontext der Wiener Wohnbevölkerung hatte 2,8 Prozent betragen. Viele Zuwanderer hatten also um die Erteilung der Wiener Heimatberechtigung angesucht. In Steyr war eine ähnliche Differenz von Heimatberechtigten und Geburtsbevölkerung wie in Wien zu beobachten,<sup>84</sup> nicht so in Linz, vor allem nicht in den Jahren ab 1906. Dieses spezifische Phänomen kann mehrere Ursachen haben, beispielsweise mangelnde Attraktivität des Großraumes Linz für eine dauerhafte Ansiedlung, Rückkehrabsichten, die Absicht andere Orte aufzusu-

chen. Ein möglicher Zusammenhang mit dem wachsenden Antislawismus in Politik, Öffentlichkeit und Alltagsleben sollte aber ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Die integrative Wirkung des Heimatrechtsgesetzes erstreckte sich in Linz in erster Linie auf die Zuwanderer aus den ländlichen Regionen Oberösterreichs, Niederösterreichs und der Steiermark und nicht in demselben Ausmaß auf die Zuwanderer aus Böhmen und Mähren.

## Nationalitätenkämpfe versus Multiethnizität

### Krisen der Identität

Die Idee ethnisch-sprachlich homogener Nationalstaaten, die Idee des 19. Jahrhunderts, stand im Widerspruch zum Gedanken der Dynastie, zur kaiserlich-dynastischen Konzeption. Der franzisko-josephinische Neoabsolutismus der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts kann als eigentlich letzter Versuch gewertet werden, auf dem ethnisch-sprachlich verschiedenartigen Territorium der österreichischen Gesamtmonarchie eine staatsnational homogene, einheitlich (deutschsprachig) verwaltete Gesellschaft aufzubauen. Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 schlug eine Bresche in die Auffassung einer multiethnischen (wenngleich deutschsprachig dominierten) Gesamtmonarchie. Die „tschechische Frage“ schwelte über die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts weiter. 1897 versuchte der österreichische Ministerpräsident Graf Badeni den deutsch-tschechischen Konflikt durch Sprachverordnungen zu entschärfen, er scheiterte jedoch.<sup>85</sup> In allen Großregionen der Monarchie war bereits seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts infolge des Durchbruchs des Nationalismus die Majorisierung der in der Minderheit befindlichen Ethnien im Gange. Die weitverbreitete politische Parole lautete in einer Reihe größerer Städte: Assimilation.<sup>86</sup> Wien war eine Großstadt mit einer offiziellen Doktrin der Assimilation und einem erheblichen Druck, der auf die Betroffenen ausgeübt wurde. Slawenfeindlichkeit und zunehmend rassistisch motivierter Antisemitismus waren weit verbreitet, jedoch keineswegs nur auf Wien konzentriert, sondern im gesamten deutschsprachigen Raum zu finden.

Die franzisko-josephinische Ära war von Ambivalenz und einem Doppelcharakter der Gesellschaft geprägt. Mehrsprachigkeit und Überregionalität, aber auch Bemühungen hinsichtlich eines Ausgleichs oder einer Autonomie wie etwa in Galizien, Mähren, in der Bukowina und in Böhmen (1914; deutsch-tschechischer Ausgleich in Budweis/České Budějovice) standen Nationalismus, Ausgrenzung und Assimilationsdruck gegenüber.<sup>87</sup> In der Krise des alten Österreich fand sich aber auch ein vielbeachtetes kreatives kulturelles Milieu – vor allem dort, wo die Städte von Multikulturalität geprägt waren: in Prag, in Budapest, in Czernowitz und in der Residenzmetropole Wien. Die neuen Trends (Nationalismus etc.) kollidierten mit tradierten Kulturformen. Zeitgeist und Lebensgefühl ließen Mehrfachloyalitäten jedoch nicht zu, sondern steuerten in Richtung eines Entweder-Oder. Widersprüche und Identitätskrisen traten bei einzelnen Individuen

geballt auf. Die aus dem Doppelcharakter der Gesellschaft – multiethnisch und nationalistisch, Schmelztiegel und Mosaik – resultierenden Identitätskrisen betrafen aber keineswegs nur Juden, sondern zehntausendfach Menschen in Böhmen und Mähren, Wien und Niederösterreich, der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich, quer durch alle Gesellschaftsschichten.<sup>88</sup>

Es waren die inneren Widersprüche – die Ambivalenz – hinsichtlich der nationalen Identität, die für die österreichische Gesellschaft des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts typisch waren. In den Kontext der Identitätskrise ist wohl auch die Person Hermann Bahr (1865–1934) einzuordnen, der ebenfalls als Migrant anzusehen ist. Der Schriftsteller, der von Karl Kraus als „Herr aus Linz“ bezeichnet wurde,<sup>89</sup> hatte allerdings seine Heimatstadt, in der er als Sohn eines Rechtsanwalts geboren war, verlassen, um in Wien, Paris, Czernowitz und München zu leben. Bei Bahr lässt sich eine ideologische Wandlung vom antisemitischen, deutschnationalen Burschenschafter zum Propagandisten einer „österreichischen“ bzw. „europäischen Idee“ feststellen. Er lernte 1882 den radikalen Politiker Georg von Schönerer kennen und engagierte sich in der Alldeutschen Bewegung. Infolge einer scharf formulierten Rede beim Trauerkommers der Burschenschaften auf Richard Wagner wurde er von der Universität in Wien ausgeschlossen. Aufgrund seiner antisemitisch gefärbten Reden wurde Bahr die Immatrikulation in Graz untersagt. In der zweiten Hälfte der 1880er Jahre begann er seine Positionen zu verändern. 1895 sollte er mit Rosalia Jokl eine Schauspielerin jüdischer Herkunft ehelichen, zeitweilig trat er engagiert gegen antisemitische Strömungen auf. Gegen sein Lebensende näherte er sich der katholischen Kirche an, wurde zum katholischen Publizisten. Zwischendurch galt er als Gesinnungsgenosse des Sozialdemokraten Viktor Adler. Während des Ersten Weltkriegs war er ausgesprochen slawophil. Durch sein Manifest „Die Entdeckung der Provinz“ förderte Bahr auch den Regionalismus.<sup>90</sup> In seinen Selbstzeugnissen sprach er diese Ambivalenz und Widersprüchlichkeit durchaus an. Als nahezu Sechzigjähriger formulierte er: „Vierzig Jahre sind es nun, dass ich an den geistigen Schicksalen des Abendlandes teilnehme. Um welche Wahrheit immer gerungen wurde, ich war dabei. Von welchem Wahn immer diese vierzig Jahre verblendet wurden, ich war dabei.“<sup>91</sup>

Schließlich seien weitere Beispiele im Kontext des oberösterreichischen (und böhmischen) Raumes angeführt: Gesellschaftliche wie biographische Widersprüche und Ambivalenzen zeigen sich etwa auch in den Erinnerungen des Linzer Sozialdemokraten und späteren Betreibers eines Moorbades, Otto Stöber. Dieser wurde 1901 in Böhmen geboren, er wuchs teilweise in St. Florian bei Linz auf, teilweise in Böhmen und Mähren. Das Gymnasium besuchte er in Mährisch-Schönberg, im mehrheitlich tschechischsprachigen Kronland Mähren. Er wählte wie viele andere Deutschsprachige als Fremdsprache in einem mährischen Gymnasium nicht Tschechisch, sondern Französisch. Im Deutschunterricht wurden auch Dialekte und regionale Eigenheiten einzelner Kronländer besprochen, so auch das Kronland ob der Enns: „Niemand war natürlich dazu besser ausersehen, ein Stelzhamer-Gedicht vorzutragen, als ich, und ich meldete mich aufgeregt und erhielt auch den Zuschlag. Kaum hatte ich aber einige Sätze dieses Gedichts

in wirklich breiter Landler Art vorgetragen, als mich der Fachlehrer in Deutsch, Křisek, hohnlachend auf den Platz zurückschickte und mir – er ein halber Tscheche – erklären wollte, wie man Oberösterreichisch spricht! Das war mir doch [...] zuviel.“<sup>92</sup> Als Stöber schließlich die Forstschule Budweis/České Budějovice besuchte, schrieb er in sein Tagebuch: „Und jetzt etwas [...] Charakteristisches. Wenn ein Junge Schwarz geheißten hat, dass er ein Tscheche war – aber ebenso hätte man sicher sein können, daß der Czerny ein Deutscher war! Ich [...] bin zu der Überzeugung gekommen, dass die Familien mit tschechischen Namen aus Minderwertigkeitsgefühlen heraus die deutsche Sprache überbewertet haben und in dieser Frage häufig sogar deutschnational geworden sind.“<sup>93</sup>

Ähnliche Fälle lassen sich in Linz ebenfalls benennen. Der großdeutsche Gemeinderat Leistner hatte früher Zawadil geheißten, seine Parteikollegin Hudetschek hatte ihren Namen Hudecek orthographisch eindeutschen lassen. Schließlich gab es einige Gymnasiallehrer mit tschechischen Namen, die Deutsch unterrichteten. Auch Gustav Reinhard, der als deutschnational gesinnt geltende Direktor der Druckerei Wimmer, hatte früher Rezníček geheißten und seinen Namen germanisiert.<sup>94</sup> Während in Wien hunderte tausende Zuwanderer einem massiven Assimilationsdruck ausgesetzt waren und dies auch zu spezifischen Phänomenen führte, greift in Linz der Erklärungsansatz „ethnische Verdrängung“ hinsichtlich eines extrem deutschnationalen Gedankenguts zu kurz. Die Dimension fremdsprachiger Migration hielt sich in Grenzen und damit auch das Potential für ethnische Verdrängungsmechanismen in massenhafter Ausprägung.

Ungeachtet dessen war das gesellschaftliche Klima in Oberösterreich 1903 bis 1911 besonders nationalistisch aufgeheizt. Die nationalistische Auseinandersetzung umfasste die gesamte politische Szene, neben den damals dominanten politischen Parteien der Deutschnationalen und Christlichsozialen auch die aufstrebende Sozialdemokratie, wenn es sich um die „tschechische Frage“ handelte. Harry Slapnicka hat in einem bereits älteren Aufsatz die Quellen auf der Diskursebene detailreich aufgearbeitet.<sup>95</sup> 1903 war das Faktum, dass in Linz Predigten in tschechischer Sprache abgehalten wurden, zu einem nationalen Streitpunkt geworden. Die tschechische Minderheit in Linz wollte das 50-Jahr-Jubiläum tschechischer Predigten in der Martinskirche feiern. Zur Unterstützung waren Tschechen in Böhmen und Mähren aufgerufen worden, nach Linz zu kommen, „um dem Jubiläum einen besonderen Glanz zu verleihen“. Darauf reagierte der deutschnational dominierte Gemeinderat der Stadt Linz am 14. Oktober 1903 mit großer Heftigkeit. Gemeinderat Böheim begründete dies folgendermaßen: „Nur dem über-eifrigen Werben der tschechischen Presse ist es zu danken, dass die Einwohnerschaft von Linz noch rechtzeitig von dem geplanten Überfall [der Anreise tschechisch-national Gesinnter nach Linz, MJ] in Kenntnis gesetzt wurde; dass man der deutschen Einwohnerschaft von Linz solche Demütigungen durch den Vorwand eines kirchlichen Festes weniger schändlich machen wollte, ändert nichts an der Sache. Es steht fest, dass die Tschechen in Linz einen nationalen Agitationsherd schaffen wollen, welcher naturgemäß die Quelle steter Misshelligkeiten geworden wäre.“<sup>96</sup>

Folgender Dringlichkeitsantrag war formuliert und einstimmig angenommen worden:

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz protestiert gegen die Absicht, Linz zum Schauplatz einer tschechnationalen Demonstration zu machen.
2. Der Gemeinderat spricht den Wunsch aus, dass die Linzer Geschäftsleute in Hinkunft nur deutsche Gehilfen und Lehrlinge aufnehmen und insoferne die Aufnahme von Hilfsarbeitern anderer Nationalität im Einzelnen nachweislich ist, darauf gesehen wird, dass keine Personen aufgenommen werden, welche sich vornehmen, die bisherige Ruhe und Eintracht der Stadt durch deutschfeindliche Agitation zu stören.
3. Der Gemeinderat ersucht die Kirchenbehörde, den zu tschechischen Demonstrationen missbrauchten tschechischen Gottesdienst einzustellen.
4. Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister, Erhebungen über die tschechnationale Agitation in Linz zu pflegen und hierüber dem Gemeinderat zu berichten.<sup>97</sup>

Bischof Doppelbauer wies kurz darauf in einer Landtagssitzung (1903) das Ansinnen, die tschechischen Gottesdienste in Linz einzustellen, mit deutlichen Worten zurück. Er hielt eine Rede, in der er dafür eintrat, was man heute als „Inklusion“ bezeichnen würde: „Es gibt keinen böhmischen Gottesdienst im eigentlichen Sinne, es gibt nur einen katholischen Gottesdienst“ meinte der Bischof in seiner Rede: „Die heilige Messe, wie die Herren ja wissen, ist immer in lateinischer Sprache [...] man versteht also in der Nebenbedeutung ‚böhmischer‘ Gottesdienst die böhmische Predigt, dabei auch vielleicht die Litanei und einzelne Gebete, welche in böhmischer Sprache gebetet werden.“<sup>98</sup> Die Gottesdienste seien bereits vor 70 Jahren eingeführt worden, hinsichtlich einer Einstellung hielt er fest: „Der Bischof kann es nicht thun und der Bischof wird es nicht thun“.<sup>99</sup> Abschließend fügte er hinzu, dass zur Zeit in Windischgarsten viele „Croaten“ arbeiten; er sei auch deren Bischof, solange sie in der Diözese sind. Als er vor Jahren als junger Kaplan in Steyr gewirkt habe und unter den Arbeitern auch viele Tschechen gewesen seien, habe er sich von einem tschechischen Ex-Theologen wichtige Aussprüche tschechisch aufschreiben lassen, um seelsorglich wirken zu können.<sup>100</sup>

In Linz kumulierte die Auseinandersetzung mit tschechischen Zuwanderern mitunter auch in physisch ausgetragenen Konflikten. So kam es während eines Maler- und Anstreicherstreiks 1906 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Tumulten zwischen angeblich tschechischen Streikbrechern und den ortsansässigen Streikenden. Bei manchen Streiks wurden Streikbrecher namentlich in den sozialdemokratischen Zeitungen angeführt, so beim Linzer Malerstreik 1907 oder beim Maurerstreik in Bad Hall 1906, „als eine südböhmische Putzerpartie aus Kaplitz unter Führung eines gewissen Syrovatka sich den Meistern zur Verfügung stellte.“<sup>101</sup> Neben Politik, Wirtschaft und Alltagsleben spielten die nationalistischen Auseinandersetzungen auch in der Kultur eine Rolle. Dies zeigte sich etwa bei den Auftritten tschechischer Musiker in Linz, bei denen es mehrmals zu Konflikten kam – beim Auftritt des Geigers Jan Kubelik 1904 ist es zu tagelangen Tumulten unter der Teilnahme Tausender gekommen. Militär und Polizei wurden zum Einsatz gerufen.<sup>102</sup>

Unabhängig von den Sprachzählungen, die eine Sprachenfrage in Oberösterreich als wenig relevant auswiesen, wurde der Kulturkampf seitens der Deutschnationalen und auch seitens der Christlichsozialen gerade auf diesem Gebiet geführt: 1909 ist ein Gesetzesentwurf zur Festlegung der deutschen Amts- und Unterrichtssprache in Oberösterreich vorgelegt und schließlich in Form zweier Landesgesetze beschlossen worden.<sup>103</sup> Bereits 1904 hatte der Linzer Gemeinderat ein Gemeindestatut beschlossen, das in einem eigenen Paragraphen (§ 105) in aller Form festhielt, dass die Geschäfts- und Verhandlungssprache die deutsche zu sein hat.<sup>104</sup> Angeschärft wurde der vorhandene Antislawismus ferner durch regelmäßige Pressemeldungen. Der weit verbreitete „Getreue Eckart“, „Monatsschrift für deutsche Schutzinteressen“, veröffentlichte etwa Monat für Monat in reißerischer Form Meldungen über die angebliche Bedrohung Oberösterreichs durch tschechische Grundaufkäufer: „Im Bezirk Grein sind bereits 38, im Bezirk Mauthausen 28, im Bezirk Prägarten 16, im Bezirk St. Florian 19 Güter durch Tschechen angekauft worden [...]. In St. Magdalena bei Urfahr gibt es bereits eine ganze Anzahl tschechischer Bauern, die ihre Höfe zu Sammelpunkten tschechischer Soldaten, Gehilfen, Dienstmädchen usw. machen und durch allsonntägliches Lärmen in ihrer Muttersprache bereits zu Ruhestörungen Anlaß gegeben haben.“<sup>105</sup> „Nationale Abwehr“ gegen die tschechische Zuwanderung und gegen eine vermeintliche tschechische Einflussnahme war ein politisches Schlagwort jener Jahre in Linz und Oberösterreich.

Eine deutschnational ausgerichtete Presse, deren Wirken später noch genauer thematisiert wird, setzte immer wieder einschlägige Akzente. Im Mittelpunkt stand ein ausgeprägter Kult um das Deutschtum. Dieser führte auch zu einigen Einlassungen mit eher skurrilem Charakter wie beispielsweise einem Beitrag, der den Schriftsteller Franz Stelzhamer betraf. Dieser war längst verstorben, es ging um die Errichtung eines Denkmals: „In Linz wird dem Volksdichter Stelzhamer ein Denkmal errichtet. Das Unterrichtsministerium hat durch eine Subvention für das Denkmal die Errichtung selbst in die Hand genommen und wegen geeigneten Entwürfen sich an einige Bildhauer gewendet, darunter an den Italiener Canciani. Es ist daher leicht möglich, dass das Denkmal eines durchaus deutschen Volksdichters von einem Italiener ausgeführt wird! Diese Verständnislosigkeit von Seiten des Ministeriums ist begreiflich, wenn man weiß, dass der Referent für Kunstangelegenheiten der Hofrat Wiener ist, dem man den Juden schon auf eine deutsche Meile ansieht [...]. Hoffentlich werden die oberösterreichischen Stelzhamer-Leute ihren Einfluss geltend machen, dass deutsche Künstler Berücksichtigung finden.“<sup>106</sup>

Auch der Gemeinderat der Stadt Linz wurde im Kontext der „nationalen Abwehr“ mehrfach aktiv. Dies zeigte sich konkret an diversen Resolutionen und Dringlichkeitsanträgen. Dabei wurde immer auch eine Gegnerschaft zu den supranational im Sinne des Erhalts des Staatsganzen agierenden Wiener Zentralstellen deutlich. So beschloss die deutschnationalen Gemeinderatsmehrheit am 21. April 1909 folgenden Text hinsichtlich einer geplanten Bahnpost Prag–Linz–Prag: „Diese Bahnpost soll der k.k. Postdirektion Prag interstellt werden und würde demgemäß nur von Beamten dieser Behörde beschickt werden. Gegen die Durchführung muss sich die Gemeindevertretung der Landeshauptstadt Linz auf das Energischste verwahren [...]. [Es] wäre die tatsächliche Errichtung

einer solchen in der Tat nicht böhmischen, sondern tschechischen Beamtenbahnpost bei der mehrmals bewiesenen Eroberungssucht der tschechischen Postbeamtenschaft [...] wieder einer von jenen bereits des öfteren versuchten Postvorstößen in oberösterreichisches Gebiet, welche gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden können [...]. Der Gemeinderat der Stadt Linz richtet an das k. k. Handelsministerium das dringende, auf den Ernst der Sachlage hinweisende Ersuchen, den oben geführten Erlass in einer Art durchführen zu lassen, dass die der Prager Postdirektion unterstellten Beamten keinen Fußbreit oberösterreichischen Bodens betreten dürfen.“<sup>107</sup>

Bereits am 15. Juli 1908 hatte der Gemeinderat folgenden Dringlichkeitsantrag beschlossen, der ebenfalls in einer radikalen Sprache eingebracht worden war: „Die von der Regierung praktizierte fortgesetzte Vertschechung der Ämter und Behörden in Böhmen wie bei einzelnen Zentralstellen lassen es für die Deutschen als nationale Pflicht erscheinen, strengstens darüber zu wachen, dass in deutschen Gegenden ausschließlich deutsche Beamte angestellt werden [...]. Der Gemeinderat beschließe, an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen zu stellen, es möge derselbe ehestens bei der k.k. Regierung und den massgebenden Stellen die geeigneten Schritte dahingehend unternehmen, dass zum Direktor der in der rein deutschen Stadt Linz bestehenden k.k. Tabakfabrik nur ein deutscher Beamter ernannt werde.“<sup>108</sup> Dem Schreiben, das der k.k. Minister Dr. Gustav Schreiner an den Magistrat der Landeshauptstadt Linz am 3. Februar 1909 sandte, kann entnommen werden, dass es nicht einfach war, den Wünschen des Linzer Gemeinderats zu entsprechen, weil sich herausstellte, dass (nationale) Identität mitunter als etwas Mehrdimensionales anzusehen war. Der Minister sagte zu, die Stelle des Vorstandes der Zugbeförderungsdirektion bei der Staatsbahndirektion in Linz „mit einem Deutschen zu besetzen“. Der Gemeinderat hatte sich in einem Interventionsschreiben massiv gegen den tschechischen Bewerber Theodor Huber verwehrt. Der Minister in seinem Schreiben weiter: „Was aber den Oberinspektor Theodor Huber betrifft, dürfte bezüglich der Nationalität desselben vielleicht ein Irrtum vorwalten. Nach den mir erteilten Informationen soll derselbe ein Deutscher sein und wurde eben wegen seines Deutschtums aus Laun versetzt [...].“ Es stellte sich heraus, dass Huber die tschechische Sprache beherrschte und mit den tschechischen Werkstättenarbeitern tschechisch sprach, was deutschen Arbeitern missfallen haben soll. Er selbst verstand sich jedoch als deutschsprachiger Beamter.<sup>109</sup>

Bis ins Detail wurde eine öffentliche, populistisch gefärbte Debatte um einzelne Postenbesetzungen geführt, wobei durchaus von Interessensgegensätzen im Einzelfall auszugehen ist: Die Minderheiten in Linz, seien es jüdische oder slawische Zuwanderer und Zuwanderinnen, waren von ihrer Dimension sehr klein: „Wir haben (bereits) aufmerksam gemacht, dass in Urfahr eine Rauchfangkehrermeisterstelle frei wird; wir betonen dies deshalb, weil in Oberösterreich die Rauchfangkehrerorganisation in tschechischen Händen ist [...]. In Urfahr sind beide Meisterstellen mit Tschechen besetzt, in Linz sind von sechs Meistern vier Tschechen. Dass diese Tschechen sich nicht einbürgern, beweist zum Beispiel der Umstand, dass ein solcher Meister in Linz seinen Kindern, die natürlich in der Schule deutsch reden müssen, zu hause das Deutschsprechen strenge

verbietet. Die tschechische Organisation macht daher bei jeder Stellenbesetzung ihren Einfluss geltend, das Tschechentum zu vermehren [...]. [Es] hat sich die Gemeinde bemüht [...] einen Deutschen zu bekommen. Tatsächlich haben sich gegen 20 Bewerber gemeldet. Aber wer wurde von der politischen Behörde ernannt? Der Tscheche Niklas Kričl. In Urfahr hat selbstredend dieses tschechenfreundliche Vorgehen des Bezirkshauptmannes große Mißstimmung hervorgerufen, weil sie eine willkürliche Außerachtlassung des Willens der Stadtgemeindevertretung ist [...]. Bei der Bezirksvertretung scheint nicht die Tüchtigkeit des Bewerbers und der Wunsch der Hausbesitzer und Gemeindevertretung maßgebend zu sein, sondern der Herr Bezirkshauptmann richtet sich nach dem Wunsche der Genossenschaft, also nach beiläufig 90 nach Oberösterreich zugewanderten Tschechen.“<sup>110</sup>

Neben den Bereichen Verkehr, Transport und Wirtschaft war vor allem auch der Bildungssektor stark von nationalistischen Auseinandersetzungen geprägt. Bereits 1882 wurde in Linz ein „Deutscher Schulverein“ gegründet, in späteren Jahren ergänzt und umgeben von weiteren nationalen „Schutzvereinen“, die die Situation in anderen Kronländern zum Inhalt hatten.<sup>111</sup> Das deutschnationale Lager befürwortete bereits bald die Errichtung von Hochschulen bzw. einzelnen Fakultäten in Linz. 1894 hat beispielsweise ein vornehmlich aus Deutschnationalen bestehendes Proponentenkomitee unter der Führung Carl Beurles eine fundierte Denkschrift über die Errichtung einer „Medizinischen Hochschule“ in Linz vorgelegt. Interessant ist, dass das Komitee keine Zuwanderung durch „fremde“ Studenten befürchtete, sondern in erster Linie annahm, dass die Fakultät von alpenländischen, von „einheimischen Studenten“ besucht werde und sich die Bildungsstätte dadurch deutlich von der jüdisch geprägten medizinischen Fakultät in Wien abheben werde.<sup>112</sup> 1909 und 1913 wurden jeweils akademische Bildungsstätten von lokaler und regionaler Seite für Linz angeregt.<sup>113</sup>

1913 und 1914 wurde die Errichtung einer „deutschen Universität“ vom „Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich“ erneut vorgeschlagen und von Gemeinderatsbeschlüssen in Linz und Urfahr getragen. 1918 erfolgte der letzte erfolglose Versuch, aus einer (deutsch)nationalen Argumentation heraus im Rahmen der Habsburgermonarchie eine akademische Bildungsstätte in Linz einzufordern. Es wurde die Idee entwickelt, die deutschsprachige Technische Hochschule in Brno/Brünn nach Linz zu verlegen. Dies sei nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern vor allem vom „nationalen Standpunkte aus zu begrüßen, da eine deutsche Universität in Linz ein kaum zu überwindendes Bollwerk gegen das Eindringen der Slawen von Norden bilden und dieser Schutz sämtlichen deutschen Alpenländern zugute kommen würde.“<sup>114</sup> Die Strategie der – in Linz dominanten – deutschnationalen Parteien lief auf nationale Abgrenzung, nicht auf supranationale Integration hinaus und war bis 1914 der Politik der feudalen Elite der Habsburgermonarchie entgegen gerichtet.

## Zur Konstruktion von Fremdheit

Deutschnationale und christlichsoziale Parteien nutzten und benutzten in Wien ebenso wie im Alpen- und Alpenvorraum antisemitische und antislawische Klischees, um die Botschaft der nationalen Abwehr zu transportieren. Dies wirkte sich auf die Zuwanderer und Zuwanderinnen mit entsprechender Herkunft ohne Zweifel aus. An den Schalthebeln der Macht im Staat, in der Monarchie, befanden sich diese Parteien jedoch nicht. Sie benützten die angesprochenen Klischees und Vorurteile als „kulturellen Code“, nicht als unmittelbare Handlungsanleitung. Besonders angesprochen darauf hat eine junge Generation von Mittelschichtangehörigen aus der deutschsprachigen „Provinz“ des Reiches, die sich in Abkehr zur mehr oder weniger kaisertreuen Generation ihrer Väter befand.<sup>115</sup>

Dass der christlichsoziale Antisemitismus und der Antislawismus nicht in Handlungen umgesetzt wurde, hat Adolf Hitler (1889–1945), der bis 1907 in Linz lebte und in der Folge im aufgeheizten Wiener Klima sozialisiert wurde, an der Gemeinderatspolitik in der Reichshauptstadt nachdrücklich kritisiert. Hitler sprach von „Halbheit“ und „Scheinantisemitismus“ und kritisierte in dieser Hinsicht Karl Lueger scharf.<sup>116</sup> Der zeitgenössische deutschnationale, besonders der alldeutsche Antisemitismus ging in seinen Forderungen damals bereits weiter: Burschenschafter schlossen Juden als Mitglieder aus, „Kauft nicht bei Juden“ wurde zur Losung, Juden sollten in Politik und im Geschäftsleben geächtet werden, man trat auch für einen „Auszug“ der „Israeliten“ ein. Hitler hat in seiner Schrift „Mein Kampf“, die als politisch-agitatorisch geprägter Lebensbericht gelesen werden kann, sein Verhältnis zur Multiethnizität in Wien um 1910 rückblickend dargestellt: „Widerwärtig war mir das Rassenkonglomerat, das die Reichshauptstadt zeigte, widerwärtig dieses ganze Völkergemisch von Tschechen, Polen, Ungarn, Ruthenen, Serben und Kroaten usw., zwischen allem aber als ewiger Spaltpilz der Menschheit – Juden und wieder Juden. Mir erschien die Riesenstadt als die Verkörperung der Blutschande. Je länger ich in dieser Stadt weilte, umso mehr stieg mein Haß gegen das fremde Völkergemisch, das diese alte deutsche Kulturstätte zu zerfressen begann.“<sup>117</sup> Hitler war damals massiv vom radikalen Deutschnationalismus Georg Schönerers beeinflusst.

Seitens eines kleinen, aber deutlich wahrnehmbaren gesellschaftlichen und politischen Spektrums („Schönerianer“, Anhänger Georg Schönerers, aber auch andere Gruppen) wurde die ethnische Heterogenität der Habsburgermonarchie in den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ins Grotoske übersteigert. Rückständigkeit und Unterentwicklung sowie Unterlegenheit waren zentrale Termini der extremen Deutschnationalen gegenüber der „slawischen“ Bevölkerung und deren Kultur.<sup>118</sup> So verglich nicht nur der Abgeordnete Karl Hermann Wolf im Reichsrat die tschechische Kultur mit jener der „Eskimos und Zulus“ und beschwor damit einen Riesentumult im Parlament und auf den Wiener Straßen herauf. Auch in Kunstkritiken wurde etwa hinsichtlich einer tschechischen Oper formuliert, dass diese für das Wiener Publikum so überraschend „wie ein

ndisches Flötenkonzert“ sei.<sup>119</sup> Fremd wie „Eskimos“, „Zulus“ und „Inder“ sollten also die Zuwanderer sein und „widerwärtig [...] das Völkergemisch“. Jüdische Zuwanderer wurden in ihrer vermeintlichen Fremdheit mit „Chinesen“ verglichen. In einer deutsch-nationalen Agitationsschrift wurden „deutsche“ Mütter vor „tschechischen“ Ammen gewarnt, da das Kind „mit der Milch einer tschechischen Amme auch deren Sprache aufnehmen“ würde.<sup>120</sup> In der Kaiserzeit und der Zwischenkriegszeit wurde immer wieder angemerkt, dass xenophobe Ausfälligkeiten in Österreich, vor allem aber in Wien meist nicht ganz ernst zu nehmen seien: „A Hetz“, wie man sagte.<sup>121</sup> Schon in der damaligen Tagespolitik sollten antisemitische und antitschechische verbale Ausfälle nachhaltige Folgen zeitigen (Badeni-Krise 1897, Luegers Ablehnung als Wiener Bürgermeister durch den Kaiser, die Obstruktionspolitik etc.).

Eine wesentliche – die zentrale – Rolle bei der Verbreitung antijüdischer und antislawischer Ausgrenzungsformeln spielte ein bestimmtes Segment der zeitgenössischen Presse. Es handelte sich dabei um christlichsoziale, in viel stärkerem Ausmaß aber um deutschnationale Zeitungen und Zeitschriften. Um 1900 war auch die Christlichsoziale Partei in Österreich dem Antisemitismus verbunden. Im christlichsozialen Spektrum Oberösterreichs kann eine Art Arbeitsteilung festgestellt werden. Die christlichsoziale „Linzer Post“ wies eine ausgesprochen antisemitische Tendenz aus. Das katholische Blatt kündigte 1906 an: „[...] den Kampf gegen das allmächtige Judentum, in deren [sic!] Knechtschaft die arischen Völker liegen, das auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Bestrebens seinen unheilvollen, zerstörenden Einfluss ausübt, wird das Blatt mit ganzer Kraft aufnehmen.“<sup>122</sup> Juden sollten aus dem Staatsdienst, aus den Universitäten und aus dem Militär entfernt werden. Die Zeitung verbreitete auch die Losung: „Kauft nicht bei Juden!“ mit der Argumentation: „Wenn dem Judentum die Geldzufuhr abgeschnitten wird, dann muss es selbst weichen.“ Die Losung „muss in die christliche Landbevölkerung getragen werden.“<sup>123</sup> Juden wurden in Artikeln der Zeitung als Mädchenverführer hingestellt, als Gefahr für den Staat und als Sozialisten, denn „die Stammesgenossen dieser Arbeiterschinder sind immer und überall die erprobten Führer der Sozialdemokratie.“<sup>124</sup> Das christlichsoziale Parteiorgan „Linzer Volksblatt“ enthielt sich hingegen derartiger Formulierungen.

In der Sache radikaler und auch wesentlich konkreter war die regionale deutschnationale Presse. In diesem Zusammenhang ist auf die 1893 von dem deutschnationalen Reichsratsabgeordneten Carl Beurle zusammen mit Parteifreunden gegründete „Linzer Montagspost“ hinzuweisen. Die Zeitung erschien bis 1901 und war definitiv antisemitisch ausgerichtet. In der allerersten Nummer wurde bekanntgegeben, dass die „Montagspost“ im Gegensatz zu anderen Provinzblättern den Antisemitismus verbreiten und zuspitzen wolle.<sup>125</sup> Die von Carl Beurle mitbegründete „Linzer Montagspost“ kann nicht als alldeutsches Presseprodukt bezeichnet werden, die Ähnlichkeiten waren jedoch angesichts des massiven Antisemitismus und Antislawismus groß. Kurt Twerser betitelte eine seiner Arbeiten „Dr. Carl Beurle – Schönerers Apostel in Linz“<sup>126</sup>. Die Linzer „Tages-Post“ setzte nach 1901 die politische Linie der „Montagspost“ fort, Herausgeber war Karl Görner, ein persönlicher Freund Beurles. Ab 1902 wurde eine

Montagspost-Ausgabe mit dem Titel „Der deutsche Michl“ mit der Zielgruppe der ländlichen Bevölkerung Oberösterreichs herausgegeben.<sup>127</sup> Ein Einfluss Schönerers ist dem „Deutschen Michl“ ebenso wie den in Linz im nationalen Lager gelesenen Zeitschriften „Der Kyffhäuser“ und „Der Scherer“ anzumerken. Die Anhänger Schönerers sind hierbei um einiges radikaler einzustufen als der Mainstream der Deutschnationalen. In ihren Kreisen las man nicht nur Schönerers Tiraden, sondern auch den rassistisch-okkulten „Ariosophen“ Guido von List und Jörg Lanz von Liebenfels, einen esoterischen, extrem antisemitischen germanophilen Schriftsteller.<sup>128</sup>

In Linz wurden die genannten einschlägigen antisemitischen Magazine häufig gelesen, wenn man von der Fülle einschlägiger Presseerzeugnisse aus Berlin, Brünn und vielen regionalen Titeln absieht, die für Interessenten auch in Linz erhältlich waren. Die Zeitschriften wurden in Schaukästen ausgestellt, lagen in Kaffeehäusern auf, sie wurden von der Jugend wahrgenommen, da sie Leserbriefe und Stellungnahmen von Schülern und Studenten aus Linz, Salzburg, Brünn, Pilsen etc. enthielten.<sup>129</sup> Entsprechend der politischen Tendenz der Blätter findet sich darin das gesamte Vokabular antisemitischer, völkischer und deutschnationaler Appelle: „Deutsche Volksgenossen!“ „Heil!“ „Unser Volk erwacht!“ „Kauft nur bei Deutschen!“<sup>130</sup> In diesem Zusammenhang tauchte auch das Hakenkreuz auf.<sup>131</sup>

Die „Linzer Fliegenden Blätter“ waren fraglos das radikalste antijüdische und antislawische Blatt. Im Jahre 1899 erschienen in Linz erstmals die „Fliegenden Blätter“, als Herausgeber fungierten der alldeutsche Gemeinderat Sepp Melichar und der Lehrer Sepp Beyer. Die Zeitschrift wurde 1900 verboten, geringfügig umbenannt und erschien schließlich als „Linzer Fliegende Blätter. Völkisches Witzblatt“ durchgängig von 1902 bis 1914. Sie war alldeutsch ausgerichtet, im Sinne der Positionen Georg Ritter von Schönerers, und stellte eine im deutschen Sprachraum bekannte Publikation mit ausgeprägtem Lokalkolorit dar. Genaue Angaben zur Auflage gibt es nicht. Karikaturen und Witze kaufte die Redaktion regelmäßig in Berlin und München zu. Der Umfang erreichte bis zu 16 Seiten. Die Zeitschrift betrieb Germanenkult und verstand sich als „antisemitisches Kampfblatt“. Ferner transportierte sie anti-katholisches, anti-slawisches und anti-kapitalistisches Gedankengut. Erscheinungsort war laut Impressum Linz.

Von 1905 bis 1913 war es den Deutschnationalen im Rahmen der Linzer Gemeinderatswahlen gelungen, im IV. Wahlkörper, bei den einkommensschwächsten Wählern und eher bildungsfernen Schichten, Terrain zu gewinnen: Verbuchten die Sozialdemokraten 1905 fünf Mal so viele Mandate wie die Deutschnationalen, so konnte man 1913 von einem Gleichstand ausgehen. Bei dieser Verschiebung spielte der antisemitische Antikapitalismus der Deutschnationalen eine Rolle. Bei den Wahlen 1911 feierte auch die „Alldeutsche Vereinigung – Schönerianer“, die hinter den „Fliegenden Blättern“ und ihrer Hetze gegen jüdische Unternehmer stand, Erfolge.

Bis etwa 1905 hatte sich der aggressive Antisemitismus in Grenzen gehalten, ein gegen tschechische Zuwanderer gerichteter Antislawismus, massiver Antiklerikalismus und die Gegnerschaft zum Hause Habsburg charakterisierten die Blattlinie. In der Folge wurden in den „Linzer Fliegenden Blättern“ „Judenmarken“ vertrieben, Klebezettel mit Inhalten

wie: „Die Juden sind der Abscheu des Menschengeschlechts“. In dem „völkischen Witzblatt“ inserierten national gesinnte Unternehmer, ein männliches Publikum wie Burschenschafter, Turner und andere zählte zu den Abonnenten. Es wurden völkische und antisemitische Gebrauchsartikel wie Abzeichen, Bierkrüge, Zigarettenspitzen und Spielkarten angeboten. Hinsichtlich der „Judenmarken“ erstattete die Österreichisch-Israelitische Union, eine nationaljüdische Organisation, 1907 Strafanzeige.<sup>132</sup>

Das Blatt verwendete nun Begriffe wie „jüdische Versauung“ und „jüdisches Schwein“, jüdischen Mitbürgern wurde kurzerhand die „Ehre“ abgesprochen, man machte den Rabbiner verächtlich, verunglimpfte auch physisch: In einem Artikel war von „Krummnasen“ die Rede, beschrieben wurden dabei Linzer Juden in einem Kaffeehaus als „ganze Mischboche [sic!] aus dem Ghetto [...]. Drohend erhoben sie die Hände und redeten mit ihnen und den Lippen.“<sup>133</sup> Weihnachten 1909 versuchte die Zeitschrift anhand von „Judenverzeichnissen“ einen Geschäftsboykott zu organisieren. Die „Linzer Fliegenden Blätter“ vertraten einen rassistischen Antisemitismus, sprachen von „Rasseneigenart“. Infolge des Rassismus, der verbalen Radikalität und grob antisemitischer Karikaturen ist die Zeitschrift als Vorläufer des nationalsozialistischen Hetzblattes „Der Stürmer“ bezeichnet worden.<sup>134</sup>

Im Jahre 1912 sollte erneut ein Weihnachtsboykott organisiert werden. Der Abdruck eines „Judenverzeichnisses“ wurde nun von den Behörden zensuriert, die entsprechende Nummer des Blattes beschlagnahmt. Es wurde darin seitens des Gerichts ein Vergehen nach § 302 bis 305 StG (Strafgesetz, „Verhetzung“) erblickt.<sup>135</sup> Inkriminiert wurden die Passagen, dass Juden das „deutsche Weihnachtsfest durch rein geschäftliche Ausbeutung herabwürdigen“, ferner: „Ein anständiger Kaufmann wird sich natürlich eine derart unwürdige Reklame nicht leisten, denn ‚Ehrlichkeit setzt Ehre voraus‘ und die Kaufmannsehre ist eben bei den Hebräern nur sehr beschränkt vorhanden.“<sup>136</sup> Inkriminiert wurde ferner die Nennung von 49 Personennamen bzw. Geschäftsinhabern, denen die Ehre abgesprochen worden war.<sup>137</sup> Die „Linzer Fliegenden Blätter“ wurden in den Jahren 1910 bis 1912 insgesamt 14 Mal beschlagnahmt. Es wurden Blasphemie, Majestätsbeleidigung und antisemitische Boykottattacken inkriminiert. Mit zunehmender Radikalität gerieten die „Linzer Fliegenden Blätter“ finanziell und juristisch stark unter Druck, man hat sie im Jahre 1914 eingestellt.

Die Wirkung der antisemitisch ausgerichteten Presse in Linz lässt sich in das schon etwas ältere Modell Shulamit Volkovs vom „Antisemitismus als kulturellem Code“ einpassen. Nach der These Volkovs fungierte in der Kaiserzeit im deutschsprachigen Raum der Begriff „Jude“ auch als Synonym für die Negativfigur an sich und als anti-emanzipatorische Metapher. Der Antisemitismus wurde als Schlagwort genutzt, in erster Linie symbolisch, und nicht in konkrete, durchdachte Aktionen umgesetzt. Dem Antisemitismus kam in dieser Funktion eine Bedeutung bei der Verständigung innerhalb einer Gruppe zu, in diesem Fall den nationalistischen, nichtjüdischen Patrioten.<sup>138</sup> Samuel Salzborn spricht in diesem Zusammenhang von einer „Innen-Außen-Relation“, einem „Dazugehören und Ausgeschlossensein“, davon, „die Welt entlang hermetisch voneinan-

der abgegrenzter Weltanschauungen – Antisemitismus versus Emanzipation/Aufklärung“ – aufzuteilen.<sup>139</sup> Entlang dieser Strukturierung publizierten etwa die „Linzer Fliegenden Blätter“, die in keiner Weise etwa Fragen einer gesellschaftlichen Integration aufwarfen, sondern denen es im Fall der „Juden“ (und „Tschechen“) ausschließlich um Ausschluss und Ausgrenzung ging: Bei der Durchsicht der Zeitschrift findet sich kein einziger differenzierender Artikel hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung oder der tschechischen Zuwanderer und Zuwanderinnen.

In der sogenannten „Provinz“ wurde in den gesellschaftlichen und kulturellen Auseinandersetzungen ein Gegensatz zwischen den von ländlicher Bevölkerung dominierten Kronländern und der „verfaulten“ multiethnischen Metropole Wien in den Vordergrund gerückt. Davon abgesehen wurde versucht, auch auf lokaler und regionaler Ebene ein Klima extremer Verhetzung zu schaffen: Kleine Minderheiten – die Zahl von 571 Juden und Jüdinnen in Linz, 184 in Urfahr und 392 Personen, die Tschechisch („Böhmisch-Mährisch-Slowakisch“) im Jahre 1900 als Umgangssprache angegeben hatten, sei an dieser Stelle nochmals in Erinnerung gerufen – wurden als bedrohliche „Gefahr“ dargestellt, die es abzuwehren gelte. Für das Mikroklima in Stadt und Land hatte die Verbreitung extremer Klischees abseits der gesellschaftlichen Realität Folgen, ebenso wie versucht wurde, auf diesem Weg einen enormen Assimilationsdruck auszuüben. Noch allerdings dominierten im Kaiserreich auf gesamtstaatlicher Ebene starke politische und gesellschaftliche Kräfte, die einer derartigen Wahrnehmung entgegenstanden und machtpolitisch entgegenwirkten. Dies war auch der Grund dafür, warum sich sprachliche und religiöse Minderheiten in Linz doch behaupten und einrichten konnten. Und schließlich war auch in deutschnational dominierten Städten wie Linz der Schutz der Minderheiten durch den Gesamtstaat gegeben, durch die Krone, das Herrscherhaus und den Adel und durch die Reichsgesetze. Der Gesamtstaat war in keiner Weise deutschnational dominiert.

Als Einzelbeispiel einer persönlichen Etablierung im Kontext einer Minderheit sei auf den jüdischen Arzt Dr. Eduard Bloch hingewiesen. Er betreute Klara Hitler zu einem günstigen, sozialen Tarif bis zu deren Tod, und Hitler bedankte sich für die Behandlungen in einer persönlichen Vorsprache und in zwei Korrespondenzkarten schriftlich 1907 und 1908.<sup>140</sup> Dies kann einerseits als Bestätigung des klassischen Widerspruchs zwischen persönlicher Erfahrung und verallgemeinernder gegenteiliger Schlussfolgerung („Wären alle Juden wie dieser [...]“) sowie strukturiertem und verfestigtem Vorurteil gedeutet werden. Eduard Bloch war des allgemeinen Antisemitismus gewahr und er hat jedenfalls selbst Linz hinsichtlich der Zeit um 1900 als „eine Hochburg des Antisemitismus“ bezeichnet.<sup>141</sup> Andererseits konnte man sich in Linz als Jude aber auch offensichtlich abseits der antisemitischen Milieus bewegen bzw. war dem Antisemitismus nicht persönlich ausgesetzt. Bloch stammte aus dem südböhmischen Raum, studierte in Prag und fühlte sich in erster Linie der deutschen Kultur verbunden. Er hat in seinen Memoiren betont, dass er sich in Linz im Prinzip wohl fühlte; Bloch konnte sich zwischen einer Karriere in Prag und einer Tätigkeit in Linz entscheiden: „Nach reiflicher Überlegung kam ich zu dem definitiven Entschluss, mich in Linz niederzulassen, also

als praktischer Arzt eine eigene Praxis zu eröffnen. Ich verliess meine Stelle in der Frauenklinik [in Dresden] und kam eines frostigen Wintermorgens in Linz an, erwartet von vielen lieben Freunden.“<sup>142</sup> 1902 wurde Bloch in den Vorstand der Kultusgemeinde gewählt, ehrenamtlich fungierte er als Armenarzt der jüdischen Gemeinde.<sup>143</sup>

Die Lebensart, die den Minderheiten in Linz möglich war, wurde bis zu einem bestimmten Grad von einer gewissen Isolation charakterisiert. Eigene Netzwerke bildeten die Basis der Etablierung in Linz ebenso wie die soziale Stellung von Bedeutung war. Die persönliche Sicherheit und jene des Eigentums der Zuwanderungsminderheiten waren jedenfalls garantiert, Antislawismus und Antisemitismus waren vorrangig als populistische Codes zu begreifen. Darüber hinaus existierten – auch in Linz – mehrere Lebenswelten nebeneinander. Brigitte Hamann fand beispielsweise heraus, dass Rudolf und Egon Kafka, beide mit Eduard Bloch verschwägert, nicht nur der jüdischen Loge Bnai Brith angehörten, sondern auch dem nichtjüdischen Verein „Literarische Gesellschaft“, der in Linz seinen Sitz hatte. Von diesem Verein ist ein humoristischer Beitrag der Saison 1913/14 erhalten: „Egon Kafka (interviewte) in einer fingierten Szene den indischen Schriftsteller Rabindranath Tagore, den Nobelpreisträger für Literatur des Jahres 1913. Zum Schluss lässt er den fernen Dichter Tagore die Produkte der Firma Kafka anpreisen mit dem untergeschobenen Reklamespruch: ‚Bramaputra, Ganges, Indus, – / Weichselgeist und Du, Absynthus, Allen sag ich jetzt Adé, – / Trink nur Kafkas Pralinée.“<sup>144</sup> Linz war also in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs keineswegs ausschließlich als borniert-deutschnationales Zentrum zu begreifen, es existierten auch andere intellektuelle und soziale Netzwerke. In diesem Kontext sind neben Eduard Bloch und der Familie Kafka wohl auch der bereits erwähnte Egon Basch, der spätere Kultusgemeindepräsident Wilhelm Schwager (1893–1979) und auch Gustav Morgenstern (1882–1947), Kultusgemeindepräsident von 1933 bis 1935, zu nennen. Morgenstern hatte in Wien ein Jusstudium absolviert und zog 1909 nach Linz. Er fühlte sich in der kleinen jüdischen Gemeinschaft offenbar wohl.<sup>145</sup>

Erst Jahrzehnte später sollten die extremen Verzerrungen der Zuwanderungsrealität – wie sie von deutschnationaler, besonders aber von alldeutscher Seite imaginiert wurden – seitens der Nationalsozialisten geschichtsmächtig und von einem großen Kreis der Bevölkerung akzeptiert sowie als Handlungsrichtlinie angenommen werden. Im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach wurde allerdings bereits eine starke Feindseligkeit gegenüber „nicht-deutschen“ Bevölkerungsgruppen in ganz Österreich sichtbar, der „kulturelle Code“ der Feindseligkeit wurde nun in physischer Form konkret, behinderte aber noch nicht entscheidend die Existenz und Weiterentwicklung einer jüdischen Community.<sup>146</sup>

### Übergangsjahre: Vom Kriegsausbruch bis 1920

Otto Neugebauer (1884–1976), k. k. Hofbuchhändler, Patriarch einer in Olmütz und Prag beheimateten deutschsprachigen Unternehmerfamilie, die letztlich in Salzburg

und Linz heimisch wurde, führte lebensgeschichtliche Aufzeichnungen in chronologischer, tagebuchähnlicher Form. Aus diesen ist ersichtlich, wie überraschend sich die Ereignisse entwickelten, ebenso wie Befindlichkeit und Gefühlslage deutlich werden: „Wie so manchen schönen Sonn- und Feiertag verbrachten wir den Sonntag, den 28. Juni 1914 bei den Eltern Eurer Mutter in Celakowitz [Celakovice, MJ]. Wir saßen gerade in der Diele, als Onkel Fritz aus Prag telephonisch anrief. [...] Unser Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin die Herzogin Hohenberg seien bei einer Autofahrt in Sarajevo ermordet worden. So furchtbar die Nachricht klang, so wenig dachte wohl damals jemand daran, dass der ruchlose Mord die äussere Veranlassung zu einem fast ganz Europa und Teile anderer Erdteile umfassenden Krieg geben würde. Die Wogen der ersten Aufregung glätteten sich wieder, man hörte wenig von den bezüglich des Mörders geführten Untersuchungen und rechnete daher mit der in Österreich so beliebten Verschleppung und Verzettelung der Angelegenheit. Alles ging seinen gewohnten Gang, jeder suchte nichts ahnend die von ihm gewählte Sommerfrische auf.“ Schließlich sei aber „zur großen Überraschung“ von österreichischer Seite ein „dezidiertes Ultimatum“ an Serbien gestellt worden. Am 26. Juli habe man schließlich in der Früh, auf Sommerfrische befindlich, erfahren: „Also gab’s Krieg“. Otto Neugebauer verließ mit der Familie umgehend den Urlaubsort: „Infolge der politischen Ereignisse entschlossen wir uns aber alle sofort noch Vormittag nach Prag zurück zu kehren, da man sich von den direkten Wirkungen des Krieges keine richtige Vorstellung machen konnte und das Gefühl hatte, jeder gehöre auf seinen Platz in der Heimat. Ich hegte auch bezüglich der cechischen Bevölkerung Prags Besorgnisse, da bei derselben gewisse Sympathien mit dem slavischen Serbien vorhanden waren und es bei einer zwei Jahre früher erfolgten Teil-Mobilisierung Serbiens zu Widersetzlichkeiten der Reservisten gekommen war.“<sup>147</sup> Nach den Schüssen von Sarajevo begann sich auch in Linz eine Welle des Patriotismus auszubreiten, neben massiv antiserbischen Emotionen wurden auch generell antislawische und antitschechische Ressentiments spürbar. Es kam zu etlichen Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Mainstream entgegengesetzten Äußerungen, die als Engagement, als tatsächliche Meinungsäußerung, als Mutprobe oder unter Umständen dem Alkoholeinfluss geschuldet zu sehen waren. Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn dem Königreich Serbien den Krieg. In einigen Städten kam es in der Folge vereinzelt zu „Hoch Serbien“ und „Hoch Russland“-Rufen. Diese Vorfälle endeten meist mit Gewaltausbrüchen. Manfred Rauchensteiner hält dazu in seinem neuen Standardwerk fest: „Da und dort brandeten auch Nationalitätenkonflikte hoch. In Oberösterreich wurden etliche Tschechen verprügelt, es gab in Linz sogar einen Toten und etliche Verletzte, da man bei einigen Tschechen den Ruf ‚Hoch Serbien‘ gehört haben wollte.“<sup>148</sup> In Linz wurde im Zusammenhang mit „Hoch-Serbien“-Rufen der 35-jährige Gottlieb Stransky ermordet. Es handelte sich um einen Zuwanderer aus Böhmen. Der Schlosser wurde in Neratowitz geboren und war nach Brandeis an der Elbe zuständig. Linz feierte am 4. August die Ankunft des neuen Kommandanten der Linzer Garnison. Eine patriotische Rede heizte die Stimmung der Masse vor dem Hotel Erzherzog Karl auf, als ein deutlicher „Hoch Serbien“-Ruf gehört wurde. In dem darauf folgenden Chaos –

Umstehende begannen sich aufeinander zu stürzen – kam Stransky zu Tode. Er wurde als vermeintlich „echter“ Provokateur bis zur Donau verfolgt, dort vom Mob in die Enge getrieben und durch einen Bajonettstich getötet. Er sollte nicht das einzige namentlich bekannte Opfer der Ausschreitungen bleiben. Als vermeintlicher Hoch-Serbien-Rufer wurde auch Ludwig Pihringer, ein Reservist des Infanterieregiments Nr. 14, schwer verletzt.<sup>149</sup> Als am 6. August eine Prostituierte in Linz abends aus ihrem Fenster die Losung „Hoch Serbien! – Nieder mit Österreich!“ rief, war sie stark gefährdet. Sie wurde von einer Menge angegriffen und misshandelt.<sup>150</sup> Ein Zeitgenosse sprach damals in Linz von einer „Spionpsychose“ und vermerkte: „Wenn einer nicht gut Deutsch sprach, war er schon verdächtig.“<sup>151</sup>

Die zur Gänze erhaltenen detaillierten Gendarmerieberichte aus dem Linz nahe gelegenen Ort Ottensheim zeigen, dass sich Fremdenfeindlichkeit und patriotische Hysterie zu einer spezifischen Stimmung verdichteten. Wachtmeister Ferdinand Hawel berichtete am 3. August 1914: „Fast in jeder fremden Person wird seitens der Bevölkerung ein verkleideter Spion vermutet, wodurch dem Posten zahlreiche Anzeigen zukommen [...]“<sup>152</sup> Am 4. August folgte: „Die Bevölkerung wurde durch die Nachricht, dass mehrere feindliche Automobile mit Geldmitteln für Rußland Ottensheim passieren dürften, beunruhigt. [...] Nachts wurde durch von Linz überbrachte falsche Nachrichten neuerdings eine Aufregung unter der Bevölkerung hervorgerufen.“<sup>153</sup> Am 6. August hieß es: „Das Ansichtigwerden einer fremden Frauensperson oder eines fremden Mannes führte neuerdings zu Beunruhigungen.“<sup>154</sup> Einige Wochen später, am 21. September 1914 wurde notiert: „Über die Klage des hiesigen Stationsvorstandes Paupie sind die Schüler zurechtzuweisen und zu belehren, dessen Kinder wegen des französischen Namens unbehelligt zu lassen, die gute patriotische Gesinnung hänge nicht vom Familiennamen ab.“<sup>155</sup>

Im Dezember 1914 wurde der Posten Ottensheim vom k. u. k. Militärstationskommandanten in Linz telefonisch beauftragt, den nachstehenden Vorfall zu erheben: „Frau Eugenie Nowak aus Linz, Schubertstraße 21, habe am 18. Dezember 1914 um ca. 6 Uhr nachm. auf dem Bahnwegswege nach Ottensheim zwei verdächtige Männer beobachtet, die sich untereinander in französischer Sprache unterhalten haben. [...] Einige Schritte hinter der Frau Nowak sei zufällig ein Gendarm gegangen, dem sie ihre Wahrnehmung mitgeteilt und ihn ersucht habe, er möge jene zwei Männer kontrollieren. [...] Der Gendarm habe ihr aber das Einschreiten mit der Begründung abgelehnt, er sei kein Gendarm von Ottensheim und könne daher nicht einschreiten, woraus Frau Nowak geschlossen habe, dass dies kein Gendarm, sondern ein als Gendarm verkleideter Spion und Komplize der ersteren zwei Männer sein dürfte.“<sup>156</sup> Es galt den Fall aufzuklären, die Vermutungen stellten sich als haltlos heraus, charakterisieren allerdings ein gesellschaftliches Klima der Feindlichkeit gegen „Fremdes“ mit nahezu paranoiden Komponenten. In weiterer Folge kam es immer wieder zu Kontrollen auf Verlangen der „Einheimischen“, zur Verfolgung von Kriegsgefangenen und Konfinierten ebenso wie auch zu einigen Todesfällen, vor allem gegen Ende des Krieges.<sup>157</sup>

Während des Ersten Weltkriegs wurden im Lager Katzenau bei Linz rund 6.700 Personen festgehalten, in erster Linie russische Kriegsgefangene und italienische Internierte.<sup>158</sup>

Auseinandersetzungen wurden im Falle der Internierung von Kriegsgefangenen durchaus gemeldet. So schildert eine Eingabe beim k. u. k. Kriegsministerium den folgenden Vorfall: „Am 15. November 1915 eskortierten 2 Soldaten 12 russische Kgf. [= Kriegsgefangene MJ], die einen quadratförmigen, sehr großen Leiterwagen zogen und schoben, offenbar um für sich Kleidungsstücke zu fassen – sie waren alle sehr herabgekommen gekleidet, teils zerfetzte, teils notdürftig geflickte Kleider und Schuhe bzw. Stiefel tragend. Das Trottoir zu beiden Seiten war mit mitlaufenden Strassenbengeln besät, die sämtlich fortwährend die unflätigsten, verworfensten Flüche, Hohnwörter, Verwünschungen, Ehrenbeleidigungen, in unglaublichster Menge den Gefangenen zuriefen.“<sup>159</sup> Die Kriegsgefangenen, so das ministerielle Kommando in Fortführung der Darstellung des Vorfalls, waren „fast alle im mittleren Mannesalter, wahrscheinlich ärmliche Familienväter, zogen in stiller Resignation weiter, sichtlich bekümmert durch die gehässige Pöbelhaftigkeit dieses rohen Gesindels.“<sup>160</sup> Bestimmte Kategorien der Kriegsgefangenen und Internierten hatten wohl eine gewisse, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, die zu einer Reihe klein dimensionierter Vorgänge führte, über die beispielsweise der bereits erwähnte Wachtmeister Hawel berichtete. Geschlechtsverkehr mit Kriegsgefangenen hatte etwa für österreichische Frauen bereits im Ersten Weltkrieg Konsequenzen: „20. Mai 1917. F., Magd aus Julbach wegen Geschlechtsverkehrs mit Kriegsgefangenem allen vorgeschriebenen Stellen angezeigt.“<sup>161</sup> Per 3. Juni wurde eingetragen: „Gendarmerie-Tagebuch: Die Kriegsgefangenen Pietro Schewtschenko und Grigori Dawidenko wegen Arbeitsverweigerung verhaftet und dem Stationskommando Linz eingeliefert.“<sup>162</sup> Und per 4. Juni 1917 fand sich die Eintragung: „Die kriegsgefangenen Russen Eman Gottliachment und Minachosa Mortasy wegen Entweichung vom Arbeitsort verhaftet und dem Kgf. Lager Kleinmünchen eingeliefert.“<sup>163</sup>

In Mauthausen war schon im ersten Kriegsjahr ein „Serbenlager“ eingerichtet worden. Die sozialdemokratische „Wahrheit!“ berichtete, dass das Lager insbesondere an Sonn- und Feiertagen von einer „großen Anzahl Neugieriger“ besucht würde, die die „verwilderten, gar nicht militärisch aussehenden Menschen“ begafften würden.<sup>164</sup> In diesem Lager starben während des Ersten Weltkriegs rund 8.000 serbische Soldaten meist an den Folgen von Krankheit und Unterernährung. Es herrschte unmittelbare Seuchengefahr. Der Linzer Diözesanbischof Rudolf Hittmair infizierte sich etwa bei einem Besuch serbischer Kriegsgefangener im Lager Mauthausen und starb an Flecktyphus.<sup>165</sup>

Auch während des Ersten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren kann in Linz und Oberösterreich ein nachhaltiger Antisemitismus festgestellt werden. Diese Welle des Antisemitismus spielte möglicherweise für die Sozialisation jener nationalsozialistischen Zirkel eine Rolle, die etwas später als Hitler heranwachsen. Ernst Kaltenbrunner (1903–1946) oder Adolf Eichmann (1906–1962) sind dazu zu zählen. Während des Weltkriegs kamen jüdische Flüchtlinge aus dem Osten der Monarchie auch nach Oberösterreich. Schon während, vor allem aber nach dem verlorenen Krieg konzentrierte sich die Sündenbocksuche großer Teile der Not leidenden und nach dem Zusammenbruch der Monarchie desorientierten Bevölkerung auf die Juden, besonders auf die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.<sup>166</sup> In Wien agitierten vor allem die konservative Tages-

zeitung „Reichspost“, die satirische Zeitschrift „Kikeriki“ und andere mit dem Negativklischee des „Ostjuden“.<sup>167</sup>

Die Sitzungsprotokolle des österreichischen Reichsrats verzeichneten 1917 die „Anfrage des Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn k.k. Minister des Innern über die krassen und unhaltbaren Übelstände in den Barackenlagern für Flüchtlinge“. Benno Straucher hatte zusammen mit 19 weiteren Abgeordneten die kritische Anfrage eingebracht, in der es unter anderem hieß: „Ein Teil der Flüchtlinge wurde direkt in die geschaffenen sogenannten Barackenlager abgeschoben. Es unterliegt keinem Zweifel, dass das Elend der Flüchtlinge nicht so krass zum Ausbruch gelangte wie eben in den Baracken – Zum materiellen Elend kam noch der Verlust der freien Verfügung über die Person.“<sup>168</sup> In Wien und im Raum Linz waren die Juden nicht in Baracken, sondern in Kleinwohnungen untergebracht. Im Bezirk Linz (Land), zu dem auch Kleinmünchen zählte, lebten Anfang August 1916 nach den Angaben der Statthalterei 765 Flüchtlinge, großteils in Kleinmünchen. Dort waren sie in kleinen Arbeiterwohnhäusern, darunter auch den sogenannten „Aschenhäusern“ – dem Mörtel war bei der Errichtung in den Vorkriegsjahren Asche beigefügt worden, um Baukosten zu sparen – untergebracht.<sup>169</sup>

Vorstöße des russischen Heeres waren der Grund für die Flucht.<sup>170</sup> Eine jener Flüchtlinge war Prive Friedjung, geboren 1902 in Sadowa, 25 km südöstlich von Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina: „Als wir flüchten wollten, sind wir mitten in das Geplänkel zwischen den Soldaten geraten. Hier waren die eigenen, und da waren die anderen. Und vor unseren Augen waren die Schießereien. Wir waren die ganze Zeit zwischen den Fronten. Direkt mitten drinnen waren wir. Die Angriffe gingen hin und zurück, hin und zurück. Beim dritten Anlauf ist uns das Weggehen gelungen. Das wird im Sommer 1915 gewesen sein. [...] Gedränge des rückflutenden Heeres, die Flüchtlinge. Die Offiziere auf den Pferden schimpften auf die Flüchtlinge, die die Straßen verstopft hatten und sie beim Rückmarsch behinderten. Schließlich wurden wir, müde und abgespannt, in Viehwaggons verladen. Ein Vorort von Linz, Kleinmünchen, wurde für zwei Jahre unsere ‚Heimat‘.“<sup>171</sup>

Prive Friedjung, die 2005 im Alter von 103 Jahren starb, erinnert sich an die Jahre in Kleinmünchen und die Arbeit in der Zündholzfabrik Solo. Sie stammt aus einer orthodoxen, streng religiösen jüdischen Familie, in der es wichtig war, die religiösen Regeln einzuhalten (Shabat, kosher Essen etc.): „In Kleinmünchen bekamen wir, meine Eltern, meine Schwester Sure und ich, ein kleines Häuschen zugewiesen. Die Flüchtlinge bekamen eine kleine monatliche Unterstützung vom Staat, wie eben Flüchtlinge sie bekommen. Aber das hat für eine Vier-Personen-Familie nicht gereicht. Ich war noch nicht ganz vierzehn, die Schwester war drei Jahre älter. [...] Aber trotz größtem Arbeitsangebot mussten wir Kinder in einer gesundheitsschädlichen Zündholzfabrik arbeiten. [...] Es waren von Sadowa auch andere Familien mit. Die sind schon in die anderen Fabriken gegangen, auch in die, wo man trefe [nicht kosher, MJ] essen musste, nur um Essen zu kriegen. Aber bei uns war das nicht möglich. Hier gelangten eben die streng religiösen Gefühle meiner Eltern mit der kalten, nüchternen Wirklichkeit in Konflikt. Wir arbeiteten

dort ein Jahr lang als Hilfsarbeiterinnen, bis meine Schwester lungenkrank wurde. [...] Meine Schwester musste schwere Quadratrahmen, in denen sich die Hölzchen befanden, in die Schwefeltunke eintauchen. [...] Und sie ist dabei erkrankt. Ich hab' dann auch aufgehört.“<sup>172</sup>

Der Vater Prives, Pesach Kreisel, war ritueller Schächter. Er hatte eine tiefe Religiosität verinnerlicht, sie war Teil seiner Identität: „Ich kann mich erinnern an das Entsetzen meiner Eltern, die gewohnt waren, für Pessach alles vorzubereiten. Kartoffeln spielten ja eine große Rolle. Sie waren neben Maze eines der Hauptnahrungsmittel. [...] Die besten Qualitäten wurden für diese acht Feiertage genommen. Und hier bekamen wir so nasses, halbfauls Zeug. [...] Glücklicherweise war keiner von uns dort in Linz. Auch ich könnte das nicht von mir sagen. Während der Vater, vielleicht auch die Mutter, geradezu unglücklich waren, waren wir vielleicht nicht direkt glücklich, aber auch nicht in dem Maße unglücklich, weil wir ja doch arbeiten gegangen sind und Menschen getroffen haben. Und dann bin ich in die Schule gegangen und hab' wieder andere Menschen kennengelernt. Für die Eltern war das Unglück das, aus der Atmosphäre, in der sie Jahrzehnte gelebt und geschaffen hatten, herausgerissen zu werden und in eine total fremde, verarmte geraten zu sein. Die Entwurzelung vom eigenen Heim hat für die Eltern eine gewaltige Rolle gespielt. Da kann man sich vorstellen, was diese Flüchtlinge heute [um 1995, MJ] erleben. [...] Da war doch eine große Fremdheit, durch die Sprache, durch die verschiedene Religion. Wir haben ja doch untereinander Jiddisch gesprochen. Außerdem waren wir in dieser Zündholzfabrik wahrscheinlich die einzigen Jüdinnen. Und wir durften am Freitag früher aufhören, wir durften am Samstag wegbleiben. Es gab also schon irgendwelche Extravaganzen [...]“<sup>173</sup> Die Familie kehrte 1918, gegen Kriegsende in die Bukowina zurück: „Nach Zadowa zurück sind wir, weil wir doch in unsere Heimat zurückgehen wollten. Wir waren ja alle miteinander entwurzelte Menschen dort in Linz. Gegen Ende des Krieges hat es keine Kriegshandlungen mehr gegeben, die ein Wohnen an Ort und Stelle behindert hätten.“<sup>174</sup> Soweit die differenzierte Darstellung des Aufenthalts eines bukowinischen Flüchtlingsmädchens in Linz-Kleinmünchen.

Das Kriegsende und damit auch der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie stellen zweifelsohne eine massive Zäsur dar. Aus den Erinnerungen des bereits zitierten Egon Basch, eines selbstbewussten, deutschfreundlichen, jüdisch-assimilierten Patrioten wird deutlich, dass er sich konkret im Herbst 1918 im Kontext des unmittelbaren Zusammenbruchs des Ancien Régime, der Habsburgermonarchie, gefährdet fühlte. Linz, Herbst 1918: „Der völlige Zusammenbruch des Kaiserreiches ging nicht ohne innere Unruhen vor sich. Die an Stelle des Militärs herrschende Volkswehr ließ sich mancherlei Übergriffe zuschulden kommen. Plünderungen von Geschäften und Gasthäusern waren nichts Seltenes. Wir konnten von unserem Fenster aus beobachten, wie das Hotel Scharmüller ausgeplündert wurde. Auch Schießereien im Stadtgebiet gab es am Abend. Endlose Eisenbahnzüge, die von Rückzuglern (Heimkehrer bzw. Soldaten, die sich auf dem Rückzug von den Stellungen befinden, MJ) besetzt waren, durchfuhren singend und johlend den Linzer Bahnhof. Es herrschte eine allgemeine Desorganisation, die Eigenmächtigkeit der Volksräte und Betriebsräte erzeugte Angst und Schrecken.

Wohnungen wurden willkürlich requiriert und Protektionswirtschaft trat an Stelle von Ordnung und Gesetzmäßigkeit.<sup>175</sup> In ganz Mitteleuropa hatten Juden und Jüdinnen die Ereignisse im galizischen Lemberg/Lviv im November 1918 beobachtet. Nach dem Abzug des österreichischen Militärkommandanten ereignete sich ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung, die Stadt war unter der Kontrolle Polens. Statistiken sprechen von 262 jüdischen Opfern.<sup>176</sup>

Diese Ausschreitungen waren mit ein Grund dafür, dass weit über 20.000 galizische Flüchtlinge nach 1918 in Österreich blieben; die meisten blieben in Wien, wie Billy Wilder, Manes Sperber und ihre Familien. Doch auch in Kleinmünchen wollten Menschen bleiben und nicht in den neu gegründeten Staat Polen zurückkehren. Sicherheitsüberlegungen, kulturelle (sprachliche) und ökonomische Aspekte waren dafür ausschlaggebend. Im Mai 1918 lebten im Bezirk Linz (Land) noch 581 jüdische Flüchtlinge, in Kleinmünchen befanden sich 159 Jüdinnen und Juden. Im November 1918 beherbergte das Lager noch 57 Personen jüdischer Konfession. Die Familie des Hermann Kleiner aus dem galizischen Berežany wollte nach Kriegsende nicht in den Herkunftsort zurückkehren.<sup>177</sup> Am 6. Februar versuchte die Bezirkshauptmannschaft die in Kleinmünchen verbliebenen Personen mit einem Schreiben unter Druck zu setzen: „Die dort noch befindlichen Flüchtlinge sind neuerlich darauf aufmerksam zu machen, dass es in ihrem eigenen Interesse gelegen ist, ehestens in die Heimat zurückzukehren, zumal das Staatsamt des Innern im Falle einer weiteren Verschärfung der Verpflegungsschwierigkeiten, des Kohlenmangels etc. gezwungen werden könnte, die Flüchtlinge abzubefördern. Die Flüchtlinge haben diese Verständigung zu bestätigen.“<sup>178</sup> In Wien versuchte man in einem weiter gehenden Schritt ehemalige Staatsangehörige der Doppelmonarchie tatsächlich auszuweisen (sogenannter Sever-Erlass vom 9. September 1919, nach dem sozialdemokratischen Landeshauptmann Albert Sever benannt). Die geplanten Abschiebungen wurden letztendlich jedoch nicht ausgeführt, sie wären auf den Widerstand sowohl der Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs als auch der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie gestoßen.<sup>179</sup>

Grundlage der Aktivitäten gegenüber jüdisch-galizischen Flüchtlingen („Ostjuden“) war eine eigenwillige Interpretation genau jenes 1919 abgeschlossenen Friedensvertrags von St. Germain. Dieser Vertrag regelte die österreichische Staatsbürgerschaft neu. Am 20. August 1920 legte eine Vollzugsanweisung der österreichischen Regierung fest, dass Personen, die in einem Nachfolgestaat außerhalb Österreichs heimatberechtigt waren „und dort nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden sind“ innerhalb von sechs Monaten „für die österreichische Staatsangehörigkeit optieren [können], wenn sie nach Rasse und Sprache zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung Österreichs gehören.“<sup>180</sup> Sowohl durch christlichsoziale und deutschnationale Organisationen als auch seitens des österreichischen Innenministeriums unter Leopold Waber, einem Vertreter der Großdeutschen Partei, wurde diese Bestimmung zu Ungunsten der aus Galizien, Ungarn und der Bukowina stammenden Juden ausgelegt.<sup>181</sup> Der unscharfe Begriff „Rasse“, der in der österreichischen Jurisdiktion nicht existierte – Juden waren seit langem als Mitglieder einer „Konfession“, einer „Religionsgemeinschaft“ defi-

niert –, beruhte auf einer Übersetzungsinterpretation aus dem Französischen, das „race“ im Sinne von „Nationalität“ verwendete.<sup>182</sup>

Mit diesem Problem waren auch der erwähnte Hermann Kleiner und seine Familie in Kleinmünchen konfrontiert. Die Familie Kleiner wollte ungeachtet einer drohenden Abschiebung in Österreich bleiben, die Familienmitglieder meldeten sich 1920 in Linz an. Hermann Kleiner stellte 1920 ein Optionsgesuch, wollte österreichischer Staatsbürger werden, es ging dabei auch um den Nachweis über seine „Zugehörigkeit zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung Österreichs.“<sup>183</sup> Dabei argumentierte Kleiner mit beruflicher Etablierung, ferner würden seine Kinder in Linz die Schule besuchen, sie sprächen nur Deutsch, sein jüngster Sohn sei in Kleinmünchen geboren worden. Hermann Kleiner würde ebenso wie seine Frau Chane ausschließlich Deutsch sprechen.<sup>184</sup> Die Familie Kleiner blieb in der Folge in Linz, konnte einen eigenen Handelsbetrieb, auf familiärer Basis betreiben, einrichten.<sup>185</sup>

Die Implementierung des Rassenbegriffs in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg war ein Ausdruck antisemitischer Gesinnung. Für einen starken, konkreten Nachkriegsantisemitismus gab es auch in Oberösterreich eine Reihe von Beispielen: Das Landesnotgeld der unmittelbaren Nachkriegszeit wies etwa antisemitische Parolen auf. In etlichen oberösterreichischen Orten breitete sich ein „Sommerfrischen-Antisemitismus“ aus. Juden seien als Fremdenverkehrsgäste nicht willkommen.<sup>186</sup> In der Sitzung der Linzer Kultusgemeinde vom 30. Juni 1919 sprach das Vorstandsmitglied Siegmund Spira von einer judenfeindlichen Stimmung in Linz in der Form, dass „Hetzartikel in den Zeitungen erscheinen, Plakate an den Straßenecken prangen, Aufschriften an den Mauern weithin sichtbar sind und auch anlässlich der Sonnenwendfeier Hetzreden gehalten werden.“<sup>187</sup> Am 1. Juli 1919 veröffentlichte der Vorstand der Kultusgemeinde Linz eine Resolution, in der die antisemitische Propaganda zurückgewiesen wurde, die Juden für den Versailler Vertrag, abgeschlossen am 28. Juni 1919, verantwortlich machte.<sup>188</sup> Schließlich hatte der Oberösterreichische Landeslehrerverein in seiner Zeitschrift formuliert: „Dem deutschen Volk (steht) sein letzter und schwerster Kampf noch bevor: der Kampf gegen die eigene Schwäche und gegen den Fremdling“.<sup>189</sup> In einer Reihe von lokalen Publikationen erschienen antisemitische Artikel, sowohl katholisch-konservativen als auch deutschnationalen Zuschnitts. Dabei ist vor allem die Zeitschrift „Der Volksbündler. Monatshefte für deutsche Politik und Kultur“ anzuführen. Diese wurde vom „Deutschen Volksbund für Oberösterreich“ herausgegeben, erschien in Linz von 1915 bis 1920 und versuchte an Zeitschriften wie den „Scherer“ oder die „Fliegenden Blätter“ anzuschließen. Schriftleiter war zeitweilig Alois Oberhummer (1886–1958), der Sekretär des Deutschen Volksvereins in Oberösterreich, der faktisch die Agenden eines Parteisekretärs der Deutschnationalen ausübte.<sup>190</sup> (Oberhummer wechselte später zu den Sozialdemokraten, wurde sozialistischer Funktionär und Redakteur.)

Es erschienen bis 1920 Artikel über die „Macht des jüdischen Volksbewusstseins“ und feindselige Abhandlungen gegen „Ostjuden“, die Einheimischen in Zeiten der Not die Nahrungsmittel wegessen würden.<sup>191</sup> Die starke Feindseligkeit gegen Juden von 1918 bis 1920 hatte andererseits dazu geführt, dass im lokalen und regionalen Rahmen eine

Art Gegenöffentlichkeit geschaffen wurde: Von zionistischen Juden in Linz wurden nun die „Jüdischen Nachrichten für die deutschösterreichische Provinz“ herausgegeben. Die Nummer Eins erschien am 7. Februar 1919, dem Grundsatzartikel der Ausgabe wurde der Titel vorangestellt: Ein jüdisches Provinzblatt.<sup>192</sup> Die Jüdischen Nachrichten wurden etwa ein Jahr lang, von 1919 bis 1920, herausgegeben.<sup>193</sup> Nach der Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verringerte sich in Oberösterreich der verbalaggressive Antisemitismus der unmittelbaren Nachkriegsjahre.

Die Sicherheitslage war nach Kriegsende 1918 und 1919 in Österreich jedenfalls ebenfalls instabil.<sup>194</sup> In Linz gab es nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs mehrere Unruhen. Am 16. November 1918 hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Josef Gruber, der Jahre später Bürgermeister der Stadt werden sollte, im Gemeinderat angesichts von Wucherpreisen und Lebensmittelknappheit eine warnende Rede. Er sprach dabei direkt das Verhältnis „Stadt Linz“ und „Land“ an, gemeint waren die ländlichen Regionen im Umfeld der Landeshauptstadt. Das Verhältnis Stadt – Land sollte in der Folge aus unterschiedlichen Gründen über die gesamte Zwischenkriegszeit spannungsgeladen bleiben: „Wir Städter und die Bewohner aller Orte, wo die Industrie vorherrscht, sind angewiesen auf die Zulieferung von Lebensmitteln vom Lande herein. [...] Wenn die Zulieferung nur einen Augenblick versagt, kann die Bevölkerung der Verzweiflung anheimfallen. Dann können wir uns das Ende, das aus solchen Stimmungen entsteht, nicht ausdenken. Es wäre jammerschade, wenn zu all dem Blut, das vom Kriege vergossen wurde, noch neues Blut hinzukommen würde. [...] Wenn aus Akten der berechtigten Verzweiflung heraus die Bauernhäuser in Schutt und Asche zusammen sinken, wenn sich die – Gott sei Dank – vereinzelt Fälle, dass ganze Bauernhäuser ausgemordet werden, vermehren würden.“<sup>195</sup>

Die unmittelbare Nachkriegszeit brachte eine Reihe von Veränderungen. So wanderten fremdsprachige Personen, die ehemals nach Linz zugewandert waren, wieder in die Nachfolgestaaten zurück. Dieser eher geringen Remigration stand eine massive Rückwanderung von in erster Linie deutschsprachigen Migranten gegenüber, die aus Oberösterreich stammten, aber in anderen Kronländern gearbeitet hatten. Auch deutschsprachige Familien aus Südböhmen ließen sich nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Raum Linz nieder. Urfahr ist in diesem Zusammenhang mehrfach als „überfüllter Ort“ bezeichnet worden, die Barackenlager neben der Kirchmeier'schen Spiritusfabrik und Am Schableder waren noch Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bewohnt.<sup>196</sup>

Offenbar wirkungslos geblieben war der Tagesbefehl vom 19. Jänner 1919 an den Landesbefehlshaber der Volkswehr in Linz, man solle, um einen unerwünschten Zuzug aus der nunmehrigen Tschechoslowakei zu verhindern, an der Grenze einen sogenannten Perlustrierungsdienst einrichten. In einem Akt mit dem Titel „Umgang mit südböhmischen Flüchtlingen“ wurde damals die Anordnung formuliert, südböhmische Abwanderer in eigenen südböhmischen Volkwehrebataillonen zusammenzufassen. Diese Sammelstelle sollte in Schärding eingerichtet werden. Für Personen, die weiter östlich zu Fuß über die Grenze gelangten, waren Aigen, Leonfelden und Freistadt als Sammelstellen

vorgesehen. Ungeachtet dieser Weisung kamen, folgt man den Akten, täglich dutzende Personen aus Südböhmen direkt nach Linz bzw. nach Urfahr, sei es, weil sie von den Sammelstellen der Volkswehr nicht informiert waren bzw. vermeiden wollten, zur Volkswehr eingezogen zu werden.<sup>197</sup>

Schließlich waren während des Krieges jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina nach Oberösterreich gelangt und hier geblieben. In den Nachkriegsmonaten und -jahren waren Linz und Oberösterreich einem nachhaltigen Wandlungsprozess unterworfen. Der oberösterreichische Landtag hatte sich für einen Anschluss an das Deutsche Reich ausgesprochen. In der neuen demokratischen Republik hatten sich zwar die sozialen Standards wesentlich verbessert, dennoch hatte sich das gesellschaftliche Klima hinsichtlich ethnischer Homogenität zugespitzt. Der dynastisch orientierte Staat, der supranationale Akzente gesetzt hatte, das Kaiserreich Österreich-Ungarn, existierte nicht mehr. Die neue Republik nannte sich bei ihrer Gründung symbolhaft „Deutsch-Österreich“.

Nach dem Ende der Habsburgermonarchie befanden sich nunmehr viele Personen, die ehemals Inländer waren, als Ausländer in Österreich. Bei der nun anstehenden Debatte um die Aufenthaltsrechte dieser Personen, um Heimatrecht und Staatsangehörigkeit, gab es eine Reihe von politischen Diskussionen. In der Sitzung vom 13. Dezember 1918 legte Gemeinderat Johann Hofer eine Liste von 39 Personen vor, die die Aufnahme in den Gemeindeverband, also das Heimatrecht in Linz, beantragten. Der christlichsoziale Gemeinderat Alois Leiner verlangte daraufhin eine Unterscheidung der aus Böhmen stammenden Bewerber in „Deutschböhmen“ und „Tschechischböhmen“.<sup>198</sup> Daraufhin wurde der Tagesordnungspunkt vertagt. In der Jännersitzung des Jahres 1919 wurde im Linzer Gemeinderat dann tatsächlich die brisante Causa verhandelt: Im Mittelpunkt stand dann der Erwerb des Heimatrechts von „Czechen und Juden“. Die Verleihung des Heimatrechts und der im Falle von Ausländern damit verbundene Staatsbürgerschaftserwerb wurden damals vom Gemeinderat im Abstimmungsverfahren durchgeführt. Deutschnationale Parteien verfügten auf der Basis des Kurienwahlrechts der Kaiserzeit noch über die Mehrheit, man wusste allerdings bereits, dass die anstehenden Neuwahlen die Situation nachhaltig verändern werden. Es stand der Antrag von nunmehr 47 Personen an, die um eine freiwillige Aufnahme in den Gemeindeverband ansuchten. Der deutschnational ausgerichtete Gemeinderat Melichar hielt fest, „dass sich unter den Bewerbern auch Czechen und Juden befänden, er müsse daher gegen den Antrag stimmen. Er bezeichnete die Bewerber Kunesch, Mitsch als Tschechen, Lauer, Löw und Wassertal als Juden. Zu seiner Stellungnahme sei er nur aus nationalen Gründen gezwungen. Er wisse zwar, dass die Sozialdemokraten seinen Standpunkt nicht anerkennen und verweist auf die Spartakusbewegung in Berlin und Wien, an deren Spitze ausschließlich Juden stünden.“<sup>199</sup> Der sozialdemokratische Vizebürgermeister Dametz „hat die Empfindung GR Melichar habe seinen antisemitischen Regungen Ausdruck gegeben. [...] Er hält es für intolerant, Juden nicht aufzunehmen.“<sup>200</sup> Kuneschs Gesuch wurde schließlich doch bewilligt, der Antrag der als Juden bezeichneten Bewerber Lauer, Löw und Wassertal wurde vertagt bzw. zurückgewiesen.<sup>201</sup> Gemeinderat Melichar, der

Spiritus Rector der „Linzer Fliegenden Blätter“ und des alldeutschen Gedankenguts in Linz, hatte sich im Jahre 1919 noch einmal durchgesetzt.

Ungeachtet der revolutionären Stimmung in der Stadt, des Einflusses der Arbeiter- und Soldatenräte, die eine Art Nebenregierung bildeten, und ungeachtet der neuen politischen Konzeption der Republik Österreich war bis 11. Juni 1919 ein deutschnationaler Bürgermeister im Amt. Nach dem Rücktritt des deutschnationalen Bürgermeisters Franz Dinghofer, der als Vorsitzender der provisorischen Nationalversammlung in Wien am 12. November 1918 die Ausrufung der demokratischen Republik Deutsch-Österreich verkündete, amtierte der Deutschfreiheitliche Karl Sadleder als provisorischer Bürgermeister.<sup>202</sup> In seiner Amtszeit wurde ein neues Gemeindestatut vorgelegt, das sich in seinen Abstufungen deutlich an die vorhergehenden Statute anlehnte. In § 2 heißt es: „In der Gemeinde Linz unterscheidet man 1. Gemeindemitglieder, 2. Auswärtige. Die Gemeindemitglieder sind a) Gemeindebürger, b) Gemeindeangehörige und c) Gemeindegewohnen.“ Ein Novum des Statuts war: „Auch unverheirateten Frauenspersonen kann selbständig das Bürgerrecht verliehen werden.“<sup>203</sup> Nur deutschösterreichische Staatsbürger konnten Gemeindebürger oder -angehörige werden. Gemeindegewohnen waren „solche Personen, welche ohne in der Gemeinde heimatberechtigt zu sein, im Gebiet der Stadtgemeinde Linz ihren ordentlichen Wohnsitz haben“. Auswärtige waren „jene, welche ohne Gemeindemitglieder zu sein, sich in der Gemeinde ansiedelten.“<sup>204</sup> Die genannten Kategorien unterscheiden sich durch eine unterschiedliche Rechtslage. In der Verhandlungsschrift zu dieser Sitzung heißt es: „GR Gruber stellt fest, dass dieses Statut nur ein provisorisches sein kann. [...] In einer Zeit, in der die Vertretungskörper auf Grund des Gedankens der Selbstverwaltung aufgebaut werden [...] (habe es keinen Sinn, MJ) [...] unter den Angehörigen eines Gemeinwesens Unterschiede zu machen. Momentan können diese Bestimmungen nicht entfernt werden, weil gewisse Rechtsverhältnisse und Gesetze dies unmöglich machen.“<sup>205</sup> Das Statut wurde vom oberösterreichischen Landtag beschlossen und trat mit 1. Juni 1919 in Kraft.<sup>206</sup>

Am 11. Juni 1919 trat der am 18. Mai neu gewählte Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er bestand aus 60 Mitgliedern, 33 Sozialdemokraten, 17 Christlichsozialen und zehn Angehörigen der Deutschen Freiheits- und Ordnungspartei.<sup>207</sup> In der nächsten Sitzung am 11. Juli 1919 wurden die Ansuchen von 26 Personen vorgelegt, die um die Aufnahme in den Gemeindeverband einkamen. 19 Gesuche wurden bewilligt, die Betroffenen waren vorher in Vöcklamarkt (OÖ), Neubeschnitz (CS), Kaschau (CS), Tetschen (CS), Kaplitz (2 Personen, CS), Bielitz (CS), Budweis (3 Personen, CS), Oderberg (CS), Gossengrün, Erzgebirge (CS), Bärtingen, Erzgebirge (CS), Weissenbrisch (CS), Wien, Reichenthal (OÖ), Olbersdorf (CS), Jankmig (CS), Reichswald (CS) ansässig; abgelehnt wegen „mangelnden Aufenthaltsnachweises“ wurden Personen, die aus Budweis (CS), Eggenfelden (Bayern), Krč (CS), Wien, Csongrad (H), Prag (CS), Wiener Neustadt (NÖ) stammten.<sup>208</sup> Dass die Heimatgemeinde der Aufnahmewerber in größerer Zahl angegeben wurde, ist eine Seltenheit. Hinweise auf „Cechen“ und „Juden“ unter den Bewerbern hatte es in den Jahren 1918 bis 1920 mehrfach gegeben, bei dieser Sitzung zeigt sich jedenfalls deutlich, dass von 26 Hei-

matrechtsbewerbern nur zwei aus Oberösterreich stammten. In der Übergangssituation des Kriegsjahres und der ersten beiden Nachkriegsjahre versuchten in erster Linie Migranten außerhalb Oberösterreichs, vor allem aus Böhmen und anderen Regionen der neugegründeten Tschechoslowakischen Republik, ihren Aufenthalt in Linz zu verfestigen.

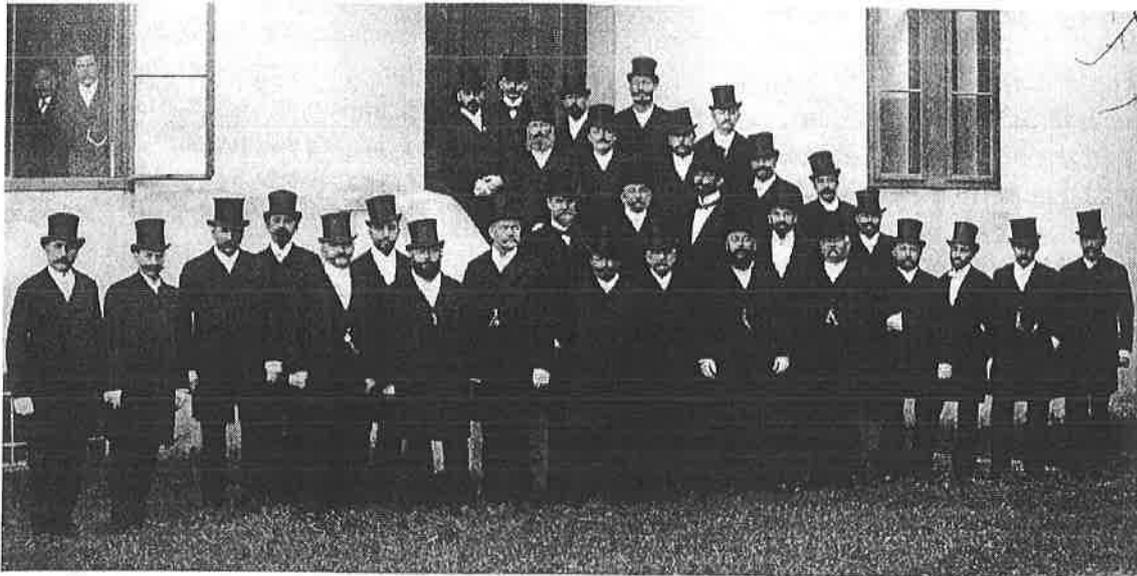
Der bereits erwähnte Otto Stöber (1902–1992), geboren in Hermsdorf bei Friedland in Österreichisch-Schlesien, fällt in diese Kategorie des Zuwanderers. Er besuchte im Schuljahr 1918/19 die Forstschule in Budweis/České Budějovice und traf dann eine Entscheidung. Stöber wollte zu seiner Mutter übersiedeln, die in St. Florian lebte und in diesem Zusammenhang die Tschechoslowakei definitiv verlassen, deren Staatsbürger er ansonsten, ohne Option für Österreich, gewesen wäre: „Ende des Schuljahres 1918/19 wurde es dann aber Ernst. Inzwischen hatten sich – fast unbemerkt von uns dummen Schulbuben – zwei Staaten auseinandergeliebt: Die Republik Österreich und die Tschechoslowakische Republik. Als das Gerücht aufkam, dass wir zu den Sokoln (tschechische Turner) gehen und zu den tschechischen Legionären als Soldaten einrücken müssen, habe ich es vorgezogen, in meine österreichische Heimat zurück zu kehren. [...] Mein Schulkamerad Hruza machte sich erbötig, mich bei Nacht und Nebel über die [...] Grenze zu bringen, da das Gut seines Vaters unmittelbar am Grenzbach liege. [...] Auf meinem nächtlichen Marsch durch die schweigenden Wälder nach Aigen/Schlägl fand ich keinen einzigen österreichischen Grenzwachebeamten und keine Soldaten – die Grenze lag also vollkommen ungedeckt dar.“<sup>209</sup>

In Steyregg angekommen, wo er kurzfristig lebte, setzte Stöber nun weitere Aktivitäten: „Kaum hatte ich mich von den Strapazen ausgeruht, ging ich – die Bahn war mir zu teuer – nach Linz, um mir in meinem Beruf einen Posten zu suchen. [...] Die Wartezeit vertrieb ich mir damals, dass ich dem Bahnbeamten Möstl half, seine sozialdemokratische Lokalorganisation aufzubauen. [...] Inzwischen bewarb ich mich weiterhin um eine Stellung. Als mir eine solche vage in Aussicht gestellt wurde, schrieb ich auf einen heute noch erhaltenen kleinen Zettel am 15. September 1919: ‚Ach, wenn ich nur den Posten hier in Deutsch-Österreich bekäme! So gerne wollte ich mein Letztes daran setzen, um meine Pflicht erfüllen zu können!‘ Da ich den erstrebten Posten aber nicht bekam, erwirkte es der Obmann unserer Lokalorganisation, Möstl, dass ich bei der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Linz, und zwar im Wirtschaftshof, einen kleinen Schreiberposten bekam.“<sup>210</sup> Aus den Erinnerungen Stöbers wird deutlich, dass ohne Netzwerke und ohne Unterstützung eine Etablierung in Linz nur schwer möglich gewesen wäre. Mit der politischen Unterstützung, die Stöber hatte, konnte er den Posten beim Magistrat Linz sogar ausschlagen: „Schon anderntags brachte mich Freund Möstl auf die Promenade 37, wo der ‚Arbeiter- und Soldatenrat‘ [...] seinen Sitz hatte.“<sup>211</sup>

Linz und Oberösterreich galten ab November 1918 bis weit ins Jahr 1919 hinein als Hochburg der österreichischen Rätebewegung. Am 14. November 1918 war der Linzer Arbeiterrat gegründet worden und seine Mitglieder hatten den Status von Amtsorganen. Ziel war die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Alltagslebens. Dazu zählten die Sicherstellung der Ernährung, die Durchführung von Preiskontrollen, die Unterbindung

von Wucher und Schleichhandel sowie Wohnungszuteilungen.<sup>212</sup> Stöber sollte Arbeiter- rat und zudem Ausschussvorsitzender werden: „Als wohlbestallter Sekretär des Arbeiterrates konnte ich zu wiederholten Malen in scharfer Form bei den säumigen Beamten der Landesregierung erreichen, dass diesem oder jenem Betrieb amtliche Lebensmittelkarten und auch wirkliche Lebensmittel zugeteilt wurden. Ich erinnere mich noch an zwei typische Figuren namens Ginzinger und Fraß. Die beiden Arbeiter-Räte requirierten, unterstützt von einem sehr energischen Arbeiterrat namens Langl, bei den Bauern im Mühl- und Mostviertel.“<sup>213</sup> Hier ließe sich ergänzen, dass sich die Arbeiterin Maria Verosek, ursprünglich nach Wien zuständig, bzw. andere kommunistische Arbeiterräte massiv für Preisregulierungen einsetzten: Bei den kommunistischen Räten spielten aus Wien stammende Agitatoren eine besondere Rolle.<sup>214</sup> Aus diesen Beispielen wird die besondere Situation der Umbruchjahre 1918 bis 1920 deutlich. Linz war damals von Unruhe, Wohnungsnot und der Rückkehrmobilität der Heimkehrer geprägt. Im gesamten Milieu der Arbeiter- und Soldatenräte, der neu zur Macht gelangten Arbeiterbewegung sollte der Faktor Heimatberechtigung bzw. geographische Herkunft zu diesem Zeitpunkt eine geringe Rolle spielen.

Otto Stöber gelang in weiterer Folge eine Karriere in Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Sozialdemokratischer Partei. Er hat dabei immer auch die Rolle seiner Herkunft betont und auch jene Kontakte, die er auf der Forstschule in Budweis/České Budějovice gesammelt hatte.<sup>215</sup> In diesem Fall geht es also um temporäre Migration zum Zwecke der Ausbildung und des Abschlusses eines akademischen Studiums. Letzteres war bei dem bereits erwähnten Heinrich Gleißner ebenfalls der Fall. Der junge Mann begann 1912 in Prag zu studieren, zusammen mit einigen Kollegen aus dem rechtskatholischen Milieu; er trat dort der farbentragenden katholischen Studentenverbindung Saxo-Bavaria bei, um, wie er sich selbst ausdrückte, „auf dem heißen Prager Boden eine weltanschauliche Sendung zu erfüllen“.<sup>216</sup> Worin diese Sendung bestand, hat Franz X. Rohrhofer, der eine Biografie Gleißners verfasste, beschrieben: „Katholisch und deutsch-national. Die Saxo-Bavaria war klar auf einer Seite der Konfliktparteien in Prag einzuordnen, eine kleine, auch dem Deutschtum verbundene Gemeinschaft, die die nationalen Spannungen im zu 80–90% tschechischsprachigen Prag hautnah miterlebte.“<sup>217</sup> Dies schuf Gemeinsamkeit und Vertrauen und später sollte Gleißner tatsächlich verstärkt auf seine CV-Bundesbrüder aus der Prager Zeit zurückgreifen. Als Gleißner 1934 Landeshauptmann wurde, besetzte er die Position des Regierungsdirektors mit Otto Richter, einem CV-Freund aus der Prager Zeit. Als Gleißner zum zweiten Mal Landeshauptmann wurde, platzierte er erneut Richter in hoher Position, ebenso aber auch andere CV-Freunde aus der Studienzeit in Prag, sodass „im Amt das Wort von der neuen ‚böhmischen Hofkanzlei‘ kursierte“.<sup>218</sup>



*Linz in den Jahren nach 1900: Eine wirtschaftlich aufstrebende Provinzhauptstadt, regiert von einem deutschnationalen Bürgermeister und deutschnationalen Parteien und Eliten.  
Bild oben: Der deutschnational dominierte Gemeinderat, 1905;  
unten: Linz, Blick vom Taubenmarkt entlang der Landstraße.*



*Ein prominenter Zuwanderer: Carl Beurle (1860–1919), an seinem Schreibtisch und mit Familie, wuchs in Mähren auf, studierte in Wien und machte in Linz Karriere. Beurle war Rechtsanwalt, Burschenschafter, Industrieller und führender deutschnationaler Politiker in Linz und Oberösterreich (Deutscher Volksverein [Volksbund], Deutsche Volkspartei).*





*Eine Synagoge wurde in Linz 1877 errichtet. Die jüdische Gemeinde war binnen eines Jahrzehnts durch Zuwanderung gewachsen, die Synagoge verbesserte die religiöse Infrastruktur der jüdischen Minderheit enorm.*



*Jüdisches Bürgertum: Die Mehrheit der jüdischen Berufstätigen war selbständig tätig: im Handel, Finanzsektor oder in den freien Berufen. Links: Walter Schwarz (1884–1938), Mitbesitzer des Kaufhauses Kraus & Schober in Linz, lebte in Wien, Salzburg, Linz. Rechts: Robert Abelis (1889–1954), geboren in Oed bei Linz, Unternehmer in Linz und Wien, mit Gattin Hilde.*



*Leo Weiss stammte aus einer jüdischen Familie in Galizien, er war in Linz und Wien als Geschäftsmann erfolgreich. Die Familie lebte in Linz in der Starhembergstraße. 1908 machte sie in Grado Urlaub (2. Reihe von links: Leo, Richard, Leopold; vorne: Karoline, Josef).*

Nr. *7006*  
Land: **Oberösterreich**



Gem. Matr. T. *81V* Fol. *461*  
Politischer Bezirk: **Stadt Linz**

# Heimat-Schein

womit die Vertretung der Landeshauptstadt **Linz**  
bestätigt, daß



*Marie Kertner*  
*Fabrikarbeiterin*  
 geboren: *am 4. Nov. 1874 in ...*  
 Stand: *verwitwet*  
 in dieser Gemeinde das **Heimatrecht** besitzt.

Linz a/D., *am 19. August 1911.*

*J. Heitzgruber*  
Gemeinderat.



*K. P. Beyer*  
Bürgermeister.

Eigenhändige Unterschrift der Partei:

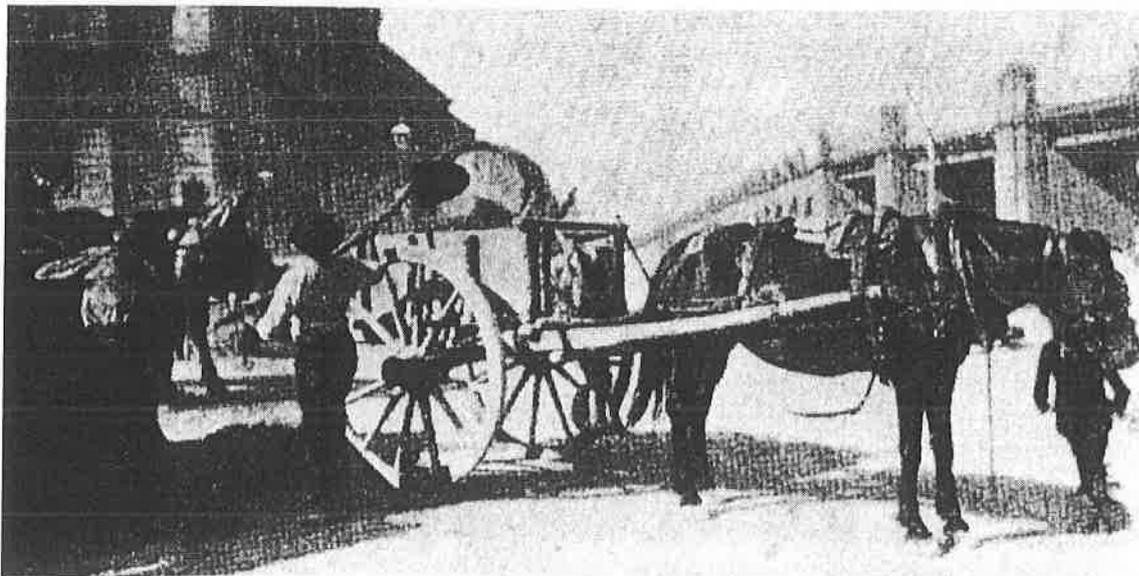
*H*  
*502-1911*

Druck von J. Wimmer, Linz.

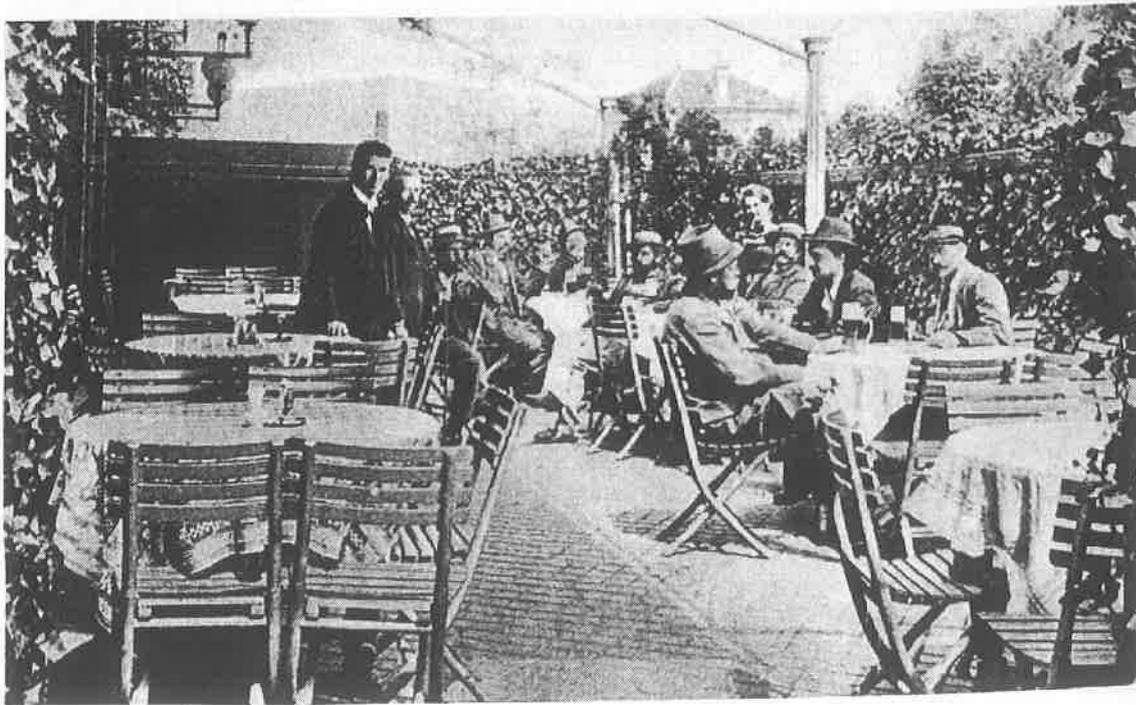
Der Heimatschein – ein wichtiges Dokument für Einheimische und Zuwanderer jedweder Herkunft. Die Gemeinden gestalteten die Heimatscheine unterschiedlich, hier ein Exemplar aus Linz.



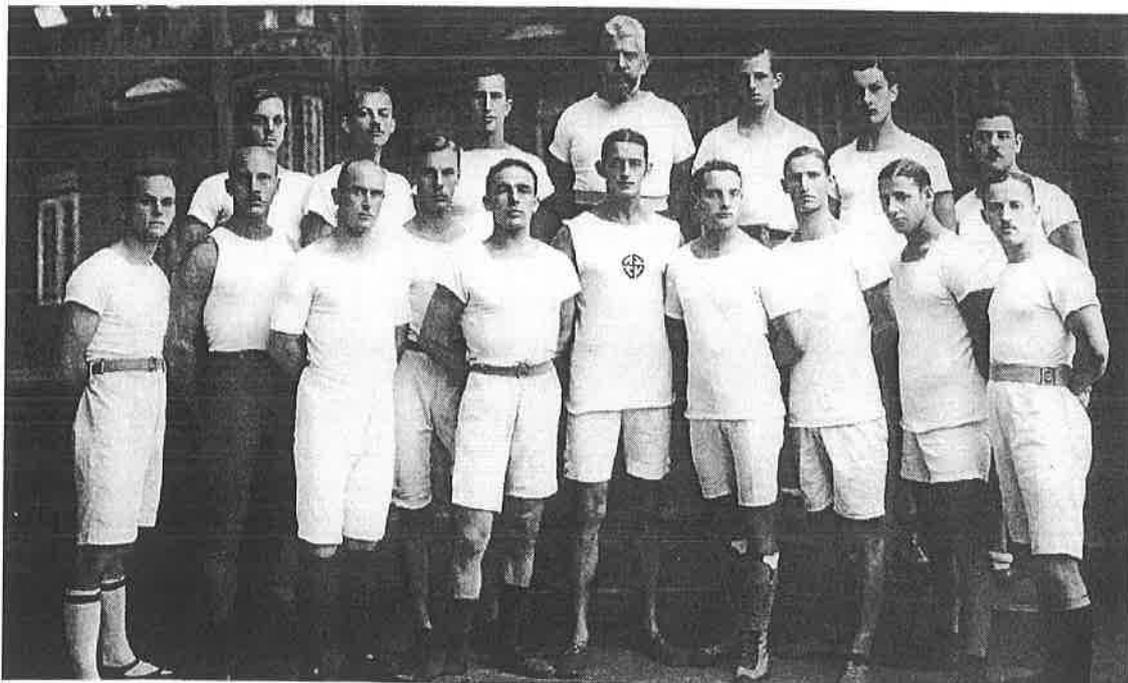
*Symbol der Mobilität: Der Linzer Hauptbahnhof in seiner historischen Erscheinungsform.*



*Italienische Straßen- und Erdarbeiter waren hochmobil und in allen Regionen der Doppelmonarchie anzutreffen. Schwere Arbeiten wie beim Straßenbau oder in den Ziegelfabriken wurden auch in Oberösterreich oft von Italienern ausgeführt.*



Oben: Hotel Budweis in Urfahr; unten: Gasthof „Zur Stadt Krumau“, Untere Donaulände 12. Die Namensgebungen drücken eine Verbundenheit mit dem südböhmischen Raum aus. Ein erheblicher Anteil der zeitgenössischen Zuwanderer der Kaiserzeit kam aus genau diesem Raum.



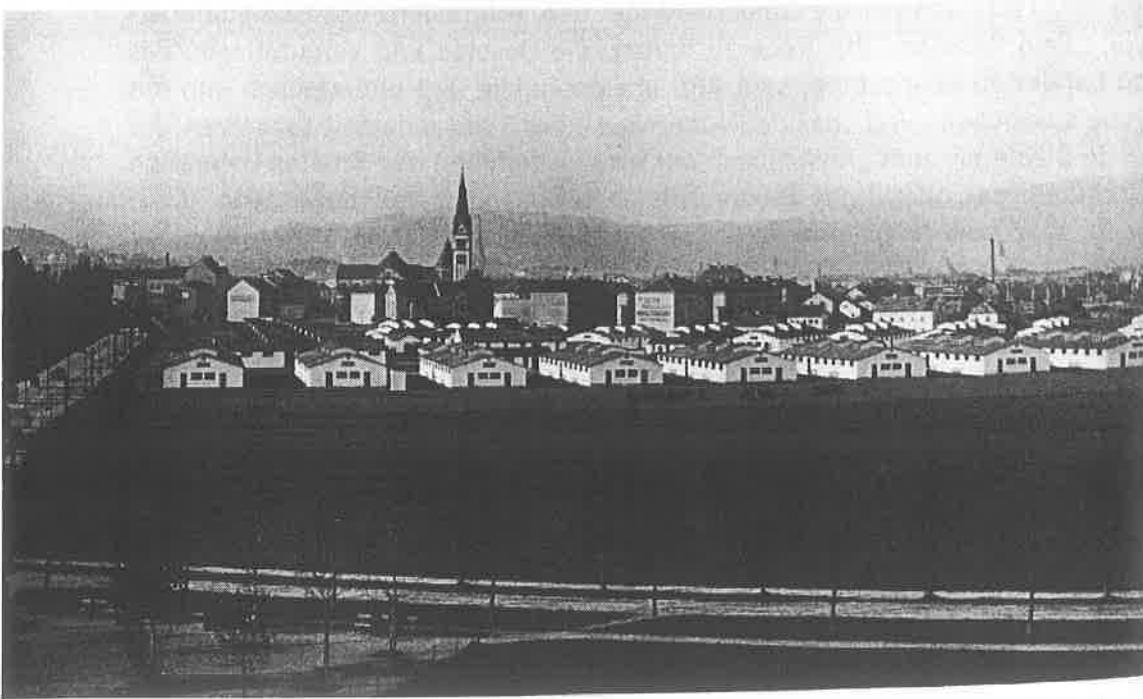
Turngemeinde „Jahn“ in Linz. Deutschnational ausgerichtete Vereine dominierten das gesellschaftliche Leben der lokalen Männerwelt. Juden fanden in diesem Turnverein keine Aufnahme.

### Nach der Volkszählung.



Michel: Jetzt heißt's auf der Hut sein, sonst wachsen mir die Zwerge über den Kopf.

Karikatur, die das vorgebliche Überhandnehmen von Tschechen und Juden gegenüber dem „deutschen Michel“ thematisiert. Die Volkszählung wies 1910 in Cisleithanien 21 Prozent Tschechen aus (Wien 5,7 Prozent, Oberösterreich 0,1 Prozent) und 4,7 Prozent Juden (Wien 8,6 Prozent, Oberösterreich 0,1 Prozent).



*Kriegsgefangenenlager an der Wiener Straße, Poschachergründe, im Ersten Weltkrieg (1915). Die friedlichen Bilder kollidieren mit der Realität. Insgesamt wurden russische und serbische Kriegsgefangene sowie internierte Italiener in Oberösterreich oftmals nicht in der Weise behandelt, wie es den internationalen Vereinbarungen entsprach.*

## ZWISCHENKRIEGSZEIT

### Kontinuitäten – Diskontinuitäten: Die Zeit der Ersten Republik

Die Siegermächte hatten im Vertrag von St. Germain ein Anschlussverbot diktiert, aus der „Republik Deutsch-Österreich“, wie sie bei der Gründung ausgerufen wurde, entstand nun die Republik Österreich. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass auch in der Zwischenkriegszeit, ungeachtet der Veränderung in der Namensgebung, ungeachtet des Anschlussverbots und unabhängig von der Veränderung der politischen Machtverhältnisse im offiziellen städtischen Selbstverständnis der „deutsche Charakter“ der Stadt Linz nach wie vor besonders betont wurde. Diese Kontinuität im Selbstverständnis kam etwa im Gemeindestatut von 1920 zum Tragen, nach dem Personen, denen das Gemeindebürgerrecht von Linz verliehen wurde, in die Hand des Bürgermeisters das Gelöbnis abzulegen hatten, dass sie „den deutschen Charakter der Stadt Linz jederzeit wahren, das Beste der Gemeinde fördern und jeden Schaden von Linz nach besten Kräften hintanhaltend wollen.“<sup>219</sup> Das Gemeindestatut von 1931 enthielt folgende Eidesformel, die für alle Gemeinderatsmitglieder verpflichtend war: „Die Gesetze der Republik Österreich gewissenhaft beobachten, den deutschen Charakter der Stadt Linz wahren und ihr die Treue halten“<sup>220</sup>. 1935 schrieb die Gelöbnisformel den Mitgliedern des Gemeindefesttags nunmehr vor, „dem Vaterland die Treue zu halten, die Gesetze und Verordnungen des Bundes und Landes zu beobachten, sein Amt uneigennützig und unparteiisch und mit voller Hingabe auszuüben“ und „das deutsche Wesen der Stadt jederzeit zu wahren“.<sup>221</sup> Ab dem *Fin de Siècle* bis zum „Anschluss“ war also im Rahmen des Staates Österreich das „Deutschtum“, das öffentliche Bekenntnis zu einer deutschen Identität in kulturellem Sinn in Linz bereits zu einem zentralen Bestandteil der städtischen Identität geworden.

In Linz sollte die Frage der „deutschen“ Identität über die 1920er und verstärkt dann wiederum in den 1930er Jahren in Hinblick auf die Heimatrechtsverleihungen eine Rolle spielen. Diese führten bei jüdischen oder tschechischen Bewerbern fallweise zu regelrechten Debatten. Besonders betraf dies jene Fälle, als es um Bewerber ging, die aus Galizien und Bukowina stammten. 1924 führte dies zu einem regelrechten Tumult im Gemeinderat. Im Prinzip ging es bei dieser schon länger anhaltenden Debatte bestimmten politischen Kräften darum, die vollständige rechtliche Gleichberechtigung jüdischer Staatsbürger, die erst 1867 eingeführt worden war, zumindest partiell wieder zu revidieren. Um nochmals darauf hinzuweisen: Exponenten aus Oberösterreich spielten bei diesem Unterfangen durchaus eine Rolle wie etwa der deutschnationalen Reichsratsabgeordnete Carl Beurle aus Linz, der schon während der 1880er Jahre eine Vorgangsweise analog dem US-amerikanischen „Chinese Exclusion Act“ forderte und als „Chinesen“ Österreichs die jüdische Bevölkerung aus Galizien festmachte. Ein „Auszug“, das heißt eine Abschiebung jüdischer Zuwanderer wurde, wie erwähnt, sogar vom deutschnationalen Linzer Bürgermeister um 1910 befürwortet ebenso wie von anderen